

Pressespiegel 2019

Press Documentation 2019

NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

19.08.2019 / KW 33



„Börse Social“ August, 2019

BÖRSESOCIALSMEIL



Eine Initiative von Börse Social Network, Novomatic, S Immo,
CMC Markets und wikifolio.com

Der Finanzblogger-Award „Novomatic Smeil Alps 2019“ läuft, die erste Zwischenbilanz mit knapp 140 Einreichungen in den ersten 3 Wochen ist mehr als erfreulich. In den folgenden Wordraps geht es um die Ideen und Motive hinter den Detailwertungen, die von Hauptpartner Novomatic, S Immo bzw. wikifolio.com gehostet werden. Dazu ein Blick auf die Jury und Nominierte. Alle Details unter smeil-award.com.

Text: Christian Drastil

NACHHALTIGKEIT BEIM BLOGGEN

Smeil Hauptpartner Novomatic über die steigende Bedeutung von CSR-Themen.

Nachgefragt hat: Jonathan Chladek.



Novomatic:
Bernhard Krumpal über Nachhaltigkeit bei Blogs.

Welche Bedeutung haben Finanzblogger in Sachen Nachhaltigkeit/CSR?

Nachhaltigkeit und Corporate Responsibility werden künftig auch bei Finanzbloggern an Bedeutung gewinnen. Gerade der nichtfinanzielle Bericht als Teil des Geschäftsberichts und ESG-Ratings rücken immer mehr ins Zentrum bei der Beurteilung

von Unternehmen. Demzufolge werden Finanzblogger in Zukunft auch diesen Themen mehr Beachtung schenken und darüber schreiben.

Warum ist das Thema Nachhaltigkeit/CSR Novomatic so wichtig?

Wir sind überzeugt, dass Unternehmen generell ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen müssen. Waren es anfangs die Produkte, dann die Mitarbeiter, so ist seit einigen Jahren der schonende Umgang mit Ressourcen Kernpunkt unternehmerischen Denkens. Die Novomatic-Gruppe hat sich in den letzten 40 Jahren zu einem der Top-Player der Gaming-Branche entwickelt und ist klare Nummer eins im Bereich Hightech Ga-

ming-Technologie in Europa. Deshalb haben wir uns zum Ziel gesetzt, auch im Bereich der sozialen und ökologischen Verantwortung eine Vorreiterrolle in der Branche zu übernehmen.

Was sind die Kriterien, die einen guten Blog zum Thema Nachhaltigkeit/CSR ausmachen?

Es ist die umfassende Einbettung von Corporate Responsibility in die Unternehmensentwicklung. Das „Verantwortungsmanagement“ wird dabei zum integralen Bestandteil der Unternehmensstrategie und soll diese Würdigung auch in den Blogs erfahren. Corporate Responsibility ist in Unternehmen kein Randthema mehr, sondern eine wichtige Herzessache geworden. 🌱



Jury-Mitglied:
Harald Neumann



Jury-Mitglied:
Christoph Boschan



Jury-Mitglied:
Eva Glawitschnig



Jury-Mitglied:
Harald Mahrer

Nina Bergmann	Dominik Hoyas	Gabor Mehringer	Gregor Rosinger
Josef Chladek	Nina Kaiser	Markus Meister	Oliver Sonnleithner
Christian Drastil	Isabella de Krassny	Maximilian Nimmervoll	Marc Tüngler
Reinhold Gmeinbauer	Andreas Kern	Elisabeth Oberndorfer	Friedrich Wachernig
Peter Heinrich	Christian-Hendrik Knappe	Max Otte	Manfred Waldenmair
Hansi Hansmann	Franz Kubik	Heinrich Prokop	
Dirk Herrmann	Werner Lanthaler	Alexander Proschofsky	

KOPF DES TAGES

Die Biografie von Johann Graf ist schnell und leicht erzählt. Dass die Porträts des Novomatic-Gründers einander so ähneln, liegt an der dünnen Nachrichtenlage über ihn. Er vermeidet Kontakte mit den Medien, tritt praktisch nicht in der Öffentlichkeit auf. Sehr wohl in seinem Konzern, der mit 23.000 Mitarbeitern und Aktivitäten in gut 70 Ländern zu den ganz Großen des internationalen Glücksspiels zählt. Wenn ihm etwas nicht passt, ruft er schon einmal direkt beim zuständigen Mitarbeiter an, um seinem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Das ist weder verboten noch ungewöhnlich für den Eigner eines Betriebs. Ungewöhnlicher ist schon eher, dass Graf weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat von Novomatic sitzt und dennoch die Fäden zieht. „Sein Faible ist die Technik“, sagt ein Angestellter des Konzerns, da gebe es immer wieder Input von ihm. Auch was die Marktsituation anbelangt, könne ihm niemand das Wasser reichen.

Zur Politik hält Graf enge Kontakte. Laut der Anordnung für die Hausdurchsuchung rund um eine angebliche Bestechungsaffäre bei der Bestellung des FPÖlers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria wird Graf als Beschuldigter geführt. Der 72-Jährige soll den Deal auch mit

Vom Fleischhauer zum Milliardär



Johann Graf kontrolliert den Glücksspielkonzern Novomatic.

Foto: APA/Herrgott

dem früheren Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) am Rande einer Glücksspielmesse in London akkordiert haben. Das wird sowohl von Novomatic als auch von Fuchs als völlig haltlos zurückgewiesen. Auch zu anderen Parteien soll Graf ein gutes Verhältnis haben, vor allem zur ÖVP. Johannes Hahn verließ die Wiener Landespolitik in Richtung Gumpoldskirchen, um von dort in die Regierung zu wechseln. Mit Aufsichtsrätin Barbara Feldmann ist eine Wiener Lokalpolitikerin im Aufsichtsrat des Konzerns vertreten.

Alfred Gusenbauer wollte Graf vor zwei Jahren zum Präsidenten des Kontrollgremiums ernennen, doch die Bestellung kam nicht zustande. Davor saß mit Ex-Innenminister Karl Schlögl ein anderer Roter im Aufsichtsrat der Novomatic, die fünf Milliarden Euro umsetzt.

Abgesehen von den vielen Vorwürfen gegen Novomatic erinnert die Geschichte ihres Gründers ein wenig an jene des Tellerwäschers, der es zum Millionär brachte. Nur dass sein Vermögen mittlerweile auf knapp neun Milliarden Euro geschätzt wird. Am Anfang stand dabei der Import von Flipperautomaten. Daraus formte der mittlerweile zum Professor und Kommerzialrat geadelte Graf die global tätige Novomatic. *Andreas Schnauder*

„APA“ 19.08.2019

APA0135 5 II 0166 WI Siehe APA0099/19.08

Mo, 19.Aug 2019

Kriminalität und Justiz/Glücksspiele/Personalia/FPÖ/Österreich/Wien

Causa Casinos - Ermittler beraten weitere Vorgangsweise

Utl.: WKStA: Interne Besprechung über Verschlussakt

Wien (APA) - Am heutigen Montag treffen sich Vertreter der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA), der Oberstaatsanwaltschaft Wien und des Bundeskriminalamts, um das weitere Vorgehen nach Hausdurchsuchungen bei Ex-FPÖ-Chef Heinz Christian Strache und anderen zu beraten. Es handelt sich um eine interne Besprechung über einen Verschlussakt, hieß es dazu auf Anfrage aus der WKStA.

Es geht um die Auswertung und Analyse von Daten, die bei Hausdurchsuchungen (u.a. auch bei Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus) im Zuge von Ermittlungen rund um eine Vorstandsbestellung bei den Casinos Austria sichergestellt wurden. Die WKStA leitet das Ermittlungsverfahren.

Die WKStA hatte auf Basis von anonymen Hinweisen über eine angebliche Befangenheit von Organen des Bundeskriminalamts auch eine Untersuchung beauftragt. Bei dieser Untersuchung durch das Bundeskriminalamt kam nichts zutage, was an der Unbefangenheit und der Unparteilichkeit zweifeln ließe, so die WKStA.

Autor: phs/hac

Verdacht gegen Strache nur schwach

Casinodeal. Die Hausdurchsuchungen wegen eines angeblichen Deals um die Bestellung eines Vorstands bei den Casinos Austria zeigt: Die Justiz greift erstaunlich leichtfertig in Grundrechte ein.

VON WALTER SCHWARTZ

Wien. Die „Casinoaffäre“ schlägt die Republik in ihren Bann: In einer konzertierten Aktion hat das Bundeskriminalamt bei freiheitlichen (Ex-)Politikern und anderen Personen Hausdurchsuchungen durchgeführt. Der Verdacht? Der Glücksspielkonzern Novomatic habe maßgebliche Amtsträger der FPÖ bestochen: Für die „parteiische Vergabe“ unter anderem einer „nationalen Online-Gaming-Lizenz“ an die Novomatic sei der freiheitliche Bezirksrat Peter Sidlo zum Vorstand der Casinos Austria (Casag) gemacht worden. Es habe einen „Deal: Sidlo gegen Glücksspiellizenzen“ gegeben.

Unerhört! Die üblichen Berufs-erregten verfallen in Schnappatmung, ein weiterer Beweis für „gekauft Politik“ und „korrupte Parteien“ scheint erbracht.

Verquere anonyme Anzeige

Was im Wahlkampfgetöse untergeht, ist das eigentlich Bedenkliche: Wie leicht kommt man in dieser Republik eigentlich zu einem Hausdurchsuchungsbefehl? Reicht jede verquere Behauptung in einer anonymen Anzeige aus, um ins verfassungsgesetzlich geschützte Hausrecht einzugreifen? Hätten die beteiligten Staatsanwältinnen und die genehmigende Richterin nicht ein wenig sorgfältiger die Substanz – besser noch: die rechtliche Möglichkeit – des behaupteten „Deals“ prüfen müssen?

Nehmen wir nur den Verdacht, die FPÖ hätte der Novomatic eine „Online-Gaming-Lizenz“ versprochen. Davon gibt es in Österreich eine einzige (§ 14 Abs 1 Glücksspielgesetz), und die ist bis 2027 an die Casag vergeben. Für eine weitere Lizenz müsste das Gesetz geändert werden: Die angeblich bestochenen FPÖ-Politiker hätten zunächst ihren türkisen Koalitionspartner davon überzeugen müs-



Wofür der behauptete blaue Einsatz stehen soll, ist rechtlich fragwürdig.

[Guty]

sen, das GSpG zum Nachteil der Casag zu ändern – was angesichts des Umstands, dass die Generaldirektorin der Casag gemeinhin der ÖVP zugerechnet wird, nicht ganz einfach sein dürfte. Selbst wenn sich aber im Parlament die nötige Mehrheit fände, müsste gegenüber dem EuGH gerechtfertigt werden, warum man nun vom – seit Jahrzehnten treuherzig mit Spielerschutz begründeten, angeblich alternativen – Monopol abgeht und eine weitere Konzession zulässt. Ganz zu schweigen davon, dass die Casag gute Argumente hätte, einen derartigen Eingriff in ihre bisherige Monopolstellung vor dem Verfassungsgerichtshof zu bekämpfen (Vertrauensschutz).

Damit nicht genug. Selbst wenn es gelänge, das GSpG abzuändern, müsste eine zweite Lizenz im Rahmen einer „öffentlichen Interessensuche“ EU-weit ausgeschrieben werden. Jeder Interessent, der nicht zum Zug kommt, könnte gegen die Vergabe dieser Lizenz an die Novomatic Beschwerde erheben; der Rechtsmittelzug geht über das Bundesverwaltungsgericht zum Verfassungs- und/oder Verwaltungsgerichtshof, allenfalls auch zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Es hätte daher bei Weitem nicht nur eines Fingerschnippens freiheitlicher Amtsträger bedurft, um eine Online-Gaming-Lizenz zu bekommen. Vielmehr hätte zuerst der

Koalitionspartner überzeugt, dann hätte das Gesetz geändert, dann die Lizenzvergabe EU-weit bekannt gemacht und in einem transparenten, nicht diskriminierenden Verfahren vergeben werden müssen – und dann müssten auch noch so ziemlich alle Rechtsschutzinstanzen, die dieses Land und Europa anzubieten haben, die Rechtmäßigkeit dieser Vergabe bestätigen. Dafür soll ein vermögenswerter Vorteil angeboten worden sein?

Was soll der Vorteil sein?

Und was ist das überhaupt für ein Vorteil? Ein Bezirksrat der FPÖ wird dritter Vorstand der Casag – jenes Unternehmens, das durch eine zweite Lizenz wegen des Wegfalls seiner Monopolstellung erheblich an Wert verlieren würde. Wäre es nicht besser gewesen, diesem Bezirksrat einen Vorstandsposten in der Novomatic anzubieten? Dann würde er sich seinem Arbeitgeber gegenüber wenigstens nicht der Untreue schuldig machen, wenn er für eine zweite Online-Gaming-Lizenz lobbyiert.

Im Österreich des Jahres 2019 reicht diese Erzählung aus einer – anonymen! – Anzeige aus, um Hausdurchsuchungen anzuordnen. Vergessen ist die Einsicht, dass Strafrecht eine Annexmaterie ist: Um beurteilen zu können, ob ein Verhalten strafbar ist, muss das jeweilige Materielgesetz geprüft werden. Ein vertiefender Blick ins GSpG hätte gezeigt, dass der „Deal: Sidlo gegen Glückspiellizenzen“ derzeit schlicht rechtlich unmöglich und auch in Zukunft politisch unwahrscheinlich ist. Was sagt uns das aber über den behaupteten „gravierenden Tatverdacht“, der zur Anordnung von Hausdurchsuchungen geführt hat? Cui bono?

Rechtsanwalt Dr. Schwartz ist Gründungspartner der SHMP. Er berät regelmäßig in- und ausländische Glücksspielunternehmen glücksspielrechtlich.

„Profil“ 19.08.2019



sammen bringen mehr als 30.000 Mitarbeiter weltweit Innovation
f den Punkt und kreieren in 29 Technologiezentren modernste
ming-Technologien. **GEMEINSAM SIND WIR NOVOMATIC.**



Novomatic finanziert Verein

Der Konzern kooperiert mit einem Institut, das FPÖ-Mann **Tschank** gegründet hat.

Es gibt auch weniger prominente Namen als Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus, die im Zuge der Berichterstattung zur Causa Ibiza und Novomatic fallen. Zum Beispiel Markus Tschank. Der freiheitliche Abgeordnete gründete das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) - das ist einer von 13 parteinahen Vereinen, die die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) überprüft. Anlass dafür sind die Aussagen Straches auf Ibiza, dass man mittels Vereinen verdeckte Geldflüsse an die Parteien ermöglichen könnte. Tschank selbst hat mittlerweile keine Funktion mehr in dem Verein, für ihn gilt die Unschuldsvermutung.

Was hat das nun mit Novomatic zu tun? Es gibt nur einen indirekten Zusammenhang. Auf Ibiza zählte Strache

» Es hat zu keiner Zeit Zahlungsflüsse an eine Partei gegeben. «

**MARKUS
TSCHANK**

FPÖ-Abgeordneter

auch angebliche Großspender auf und meinte: „Novomatic zahlt alle.“ Der Konzern wies das entschieden zurück.

Die WKStA ermittelt auch in der Causa Postenschacher bei den Casinos Austria und Novomatic. Der Glücksspielkonzern Novomatic finanziert laut „Profil“ seit 2018 das Institut für Sicherheitspolitik“. Sowohl Vereinsgründer Tschank als auch Novomatic bestätigten einen Kooperationsvertrag mit definierten Gegengeschäften. Laut Tschank wurden die Einkünfte aus den Kooperationen ordnungsgemäß versteuert. Es habe „weder direkt noch indirekt Zahlungsflüsse an eine Partei oder parteinahe Organisationen“ gegeben. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky betont, dass der Verein mit der Partei nichts zu tun habe. **red.** //

„Die Presse“ 17.08.2019

Novomatic finanziert Institut von FPÖ-Mandatar

Institut von Markus Tschank erhält
200.000 Euro auf drei Jahre.

Wien. Der Glücksspielkonzern Novomatic finanziert laut einem „Profil“-Bericht seit dem Jahr 2018 das vom FPÖ-Nationalratsabgeordneten Markus Tschank gegründete „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP) – einer jener Vereine, bei dem die WKStA derzeit mögliche verdeckte Geldflüsse prüft. Sowohl Tschank als auch Novomatic bestätigten laut „Profil“ einen entsprechenden Kooperationsvertrag.

Der Vertrag sei 2018 geschlossen worden – zu einer Zeit, als Tschank für die FPÖ bereits im Nationalrat saß. Laut Tschank läuft der Vertrag bis 2020, wobei Novomatic sich zu Zahlungen von insgesamt 200.000 Euro verpflichtet hat und „definierte Leistungen“ erhält. Wie viel bisher bezahlt wurde, sagt Tschank laut dem Bericht nicht. Das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) sei ein parteiunabhängiger sicherheitspolitischer Think-Tank und habe Kooperationen mit privaten und öffentlichen Institutionen. (APA)

APATHANS PUNZ



Der Glücksspielkonzern wird nicht zum ersten Mal in Verbindung mit politischen Deals genannt. Bewiesen wurde bisher noch nichts

Umstrittener Weltkonzern

Novomatic. Glücksspielkonzern steht im Inland unter Druck, im Ausland ist Expansion angesagt

Seit der Erwähnung im „Ibiza-Video“ und des Verdachts der Intervention bei der Vergabe von Glücksspiellizenzen ist Novomatic im Verteidigungsmodus. Wieder einmal. Vorwürfe, der niederösterreichische Glücksspielkonzern hätte bei politischen Deals seine Finger im Spiel, gab es in der Vergangenheit immer wieder. Eine Politikerin, die das offen aussprach, war die Grün-Politikerin Eva Glawischnig. Sie warf noch im April 2017 Novomatic vor, mit Geld Gesetze zu beeinflussen. Heute ist sie Nachhaltigkeitsbeauftragte des Konzerns. Nicht die einzige Ex-Politikerin in Diensten von Novomatic. Der jetzige EU-Kommissar Johannes Hahn (VP) war in Führungsposition, der frühere SP-Kanzler Alfred Gusenbauer war Berater und Aufsichtsrat in einer deutschen Tochter.

Poker um Casinos

Viel Staub wirbelte Novomatic mit dem Übernahmeversuch der Casinos Austria (Casag) auf. Eigentümer Johann G. Graf wurde Gier und Größenwahn unterstellt. Die Wettbewerbsbehörde verteilte den Deal, Novomatic hält daher „nur“ 17 Prozent.

Die tschechische Sazka Gruppe, die gegen Novomatic ins Rennen um die Casag antrat, erwarb nach und nach 38 Prozent und ist inzwischen größter Eigentümer noch vor der Republik Österreich mit 33 Prozent (siehe Grafik). Seit Novomatic bei der Hauptversammlung trotz Stimmbindungsvertrag gegen Sazka stimmte, hängt der Hausgegen schiefe. Die Tschechen

klagten auf Schadenersatz, weil sie nicht mehr die Mehrheit im Aufsichtsrat haben – der KURIER berichtete.

200.000 Euro für FP-Mann

Beim Sponsoring lässt sich Novomatic jedenfalls nicht lumpen. Wie das Nachrichtenmagazin *profil* berichtet, finanziert der Konzern das von FPÖ-Nationalratsabgeordneten Markus Tschank gegründete „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP). Tschank und Novomatic hätten einen entsprechenden Kooperationsvertrag bestätigt. Geschlossen wurde der Vertrag 2018, als Tschank für die FPÖ im Nationalrat saß. Der Vertrag läuft bis 2020, wobei sich Novomatic zu Zahlungen von insgesamt 200.000 Euro verpflichtet hat. Das ISP ist einer jener 13 parteinahen Vereine, die derzeit von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft auf mögliche verdeckte Geldflüsse überprüft werden.

So gewaltig die politische Geräuschkulisse in Österreich auch ist, das große Geschäft macht Novomatic im Ausland. Der Fokus liegt nach wie vor in Europa. Seit dem Einstieg bei der australischen Ainsworth Game Technology (AGT) spielen die Österreicher auch auf dem US-Markt mit. Der Marktanteil soll dort kräftig steigen. Vorerst bereitet AGT aber Probleme. Durch Wertberichtigungen rutschte der erfolgsverwöhnte Glücksspielkonzern im Vorjahr mit 155 Millionen Euro in die Verlustzone. Der Umsatz legte auch dank Zukäufen um 10,5 Prozent auf 2,61 Milliarden Euro zu.

ANITA STAUDACHER

CASINOS AUSTRIA

Anteile am Konzern (vereinfachte Darstellung)

Novomatic (Niederösterreichischer Glücksspielkonzern) **17,10 %**

Tschechische Sazka-Gruppe (von Milliardär Karel Komarek) **38,29 %**

Republik Österreich via ÖBAG* („Staatsanteil“) **33,24 %**

Rest ist Streubesitz **11,37 %**



* Österreichische Beteiligungs AG
Quelle: APA/Casinos Austria

„APA“ 16.08.2019

APA0425 5 II 0578 CI/WI Korr APA0421/16.08

Fr, 16.Aug 2019

Ibiza-Video/Wahlkampffinanzierung/Korruption/FPÖ/Österreich

Ibiza-Video: Novomatic finanziert Institut von FP-Mandatar Tschank

Utl.: "profil": 200.000 Euro auf drei Jahre für Tschanks "Institut für Sicherheitspolitik"

KORREKTUR-HINWEIS

In APA 421 vom 16.08.2019 muss es im Titel richtig heißen: "FP-Mandatar Tschank" (nicht: "Ex-FP-Mandatar Tschank")

Wien (APA) - Der Glücksspielkonzern Novomatic finanziert laut einem "profil"-Bericht seit dem Jahr 2018 das von FPÖ-Nationalratsabgeordnetem Markus Tschank gegründete "Institut für Sicherheitspolitik" (ISP) - einer jener Vereine, bei dem die WKStA derzeit mögliche verdeckte Geldflüsse prüft. Sowohl Tschank als auch Novomatic bestätigten laut "profil" einen entsprechenden Kooperationsvertrag.

Der Vertrag sei im Jahr 2018 geschlossen worden - zu einer Zeit, als Tschank für die FPÖ bereits im Nationalrat saß. Laut Tschank läuft der Vertrag bis 2020, wobei Novomatic sich zu Zahlungen von insgesamt 200.000 Euro verpflichtet hat und dafür "definierte Leistungen" erhält, schreibt "profil" in seiner kommenden Ausgabe.

Wie viel davon bisher bezahlt wurde, sagt Tschank laut dem Bericht nicht. "Das Institut für Sicherheitspolitik (ISP) ist ein parteiunabhängiger sicherheitspolitischer Think-Tank und hat - wie auch jedes andere Partnerinstitut des BMLV - Kooperationen mit privaten und öffentlichen Institutionen", zitiert "profil" aus einer schriftlichen Stellungnahme des FPÖ-Mandatars. "Jede Kooperation des ISP, sei es im Rahmen von Werkverträgen oder Sponsoringverträgen, basiert stets auf der Erbringung von jährlich genau definierten Gegenleistungen; die Gegenleistungen werden im Rahmen eines Reporting-Systems regelmäßig vom ISP und den Kooperationspartnern überprüft und abgenommen", heißt es in dem Schreiben.

Tschank legt laut "profil" Wert auf die Feststellung, dass die Einkünfte aus den Kooperationen stets ordnungsgemäß versteuert wurden. Es habe "zu keiner Zeit weder direkt oder indirekt Zahlungsflüsse an eine Partei oder parteinahe Organisationen" gegeben. Derartiges wäre mit den Statuten des ISP "vollkommen unvereinbar".

Novomatic-Sprecher Bernhard Krumpel bestätigte gegenüber dem "profil" eine "mehrjährige Kooperationsvereinbarung", wobei der jährliche Kooperationsbeitrag "deutlich unter EUR 100.000 liegt". "Diese Kooperation besteht u.a. aufgrund von Vorgaben internationaler Glücksspielbehörden unsere Kompetenzen im Bereich Security und Safety zu verstärken sowie Aktivitäten vorzuweisen. Aus dem Grund fanden und finden mit dem ISP gemeinsame Projekte und Einzelkooperationen statt, wobei unsere Vertragslaufzeit mit der des Verteidigungsministeriums ident ist, das ein wesentlicher Kooperationspartner des ISP ist."

Gegenüber der APA ergänzte Krumpel, Novomatic habe diese Kooperation gegenüber den Behörden selbstverständlich offengelegt. Außerdem sei die Zusammenarbeit "kein Geheimnis", so sei Novomatic mit seinem Logo auch bei Veranstaltungen des ISP vertreten gewesen. Darüber hinaus hätten die Gespräche über die Kooperation bereits vor der ÖVP-FPÖ-Regierung, nämlich zum Zeitpunkt von Rot-Schwarz, begonnen, betonte der Sprecher.

Das ISP ist einer jener 13 parteinahe Vereine, die derzeit von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) überprüft werden - und zwar auf mögliche verdeckte Geldflüsse, wie die Rechercheplattform "Addendum" im Juli berichtete. Alle 13 Vereine sind entweder rund um die Ibiza-Affäre oder zuvor medial im Gespräch gewesen.

Auch gegen Tschank selbst, der bis 4. Juni noch designierter Finanzreferent der FPÖ war, ermittelt die WKStA. Es geht um den Vorwurf der Untreue, nachdem der Verdacht der illegalen Parteienfinanzierung im Raum steht. Die Staatsanwaltschaft hatte deshalb um die Aufhebung der Immunität von Tschank ersucht, der Nationalrat kam diesem Ansuchen dann Mitte Juni nach. Tschank selbst hatte zuvor dafür plädiert, dem entsprechenden Ersuchen der WKStA nachzukommen.

Tschank kam deshalb in die Ziehung, da er neben dem ISP in weiteren FPÖ-nahen Vereinen aktiv war, die Spenden in Höhe von mehreren 100.000 Euro kassiert haben. Dass Geld an die Partei geflossen sein könnte, haben die Vereine zurückgewiesen. Auch Tschank selbst beteuerte stets seine Unschuld.

Schockstarre in den

Casinos Austria. Eigentlich läge es jetzt an Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner, den Schaden vom Glücksspielkonzern abzuwenden. Doch er schweigt.

Was tun mit Peter Sidlo? Diese Frage stellen sich in den Casinos Austria nicht wenige. Unschuldsvormutung – ja, natürlich. Trotzdem: Bei dem jungen FPÖler, erst dreieinhalb Monate Finanzvorstand des Glücksspielkonzerns, wurden am Montag immerhin Razzien daheim und im Büro durchgeführt. Imagemäßig ist das für das Unternehmen eine Katastrophe. Anderswo wäre die Sache längst abgehakt: Bis zur Klärung des Sachverhalts würde der Mann beurlaubt werden. Doch in den Casinos Austria ticken die Uhren ganz offensichtlich anders: Der Präsident des

KORDIKONOMY



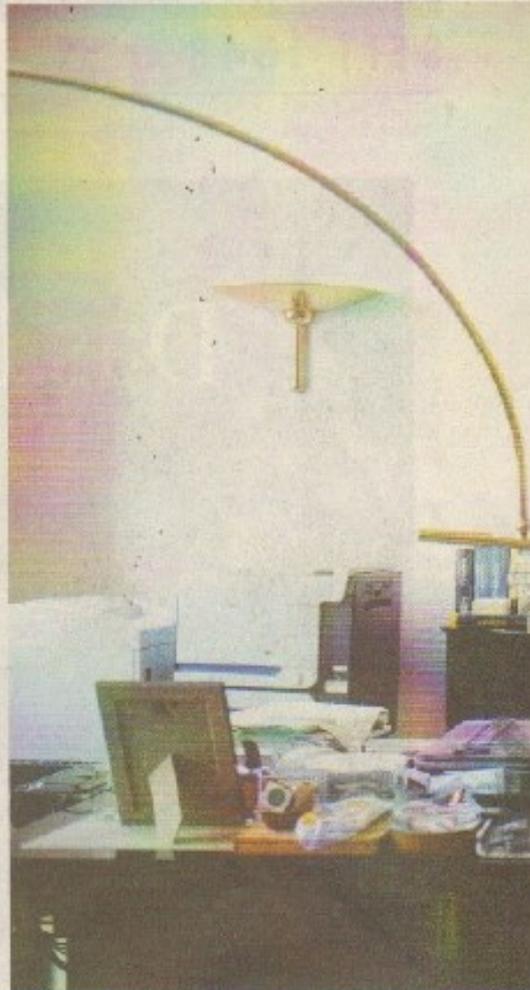
VON HANNA KORDIK

Aufsichtsrates, dem das Durchgreifen obliegt, ist gleichsam auf Tauchstation. **Walter Rothensteiner** sei, so heißt es aus seinem Büro, erst Ende August wieder erreichbar. Für „Die Presse“ war er auch gestern nicht zu sprechen.

Nicht erreichbar? Stimmt natürlich nicht und wäre in Zeiten, in denen das Mobiltelefon bekanntlich längst erfunden ist, auch ziemlich seltsam. Zumal nach und nach durchsickert, dass Walter Rothensteiner seit den dramatischen Ereignissen am Montag sehr wohl den einen oder anderen Gesprächspartner hatte. Casinos-Chefin **Bettina Glatz-Kremsner** zum Beispiel. Sie ist verständlicherweise in großer Sorge, weil das Unternehmen plötzlich Wahlkampfthema geworden ist. Doch mehr, als diese Sorge Rothensteiner kundzutun, kann sie nicht. Es liegt an ihm, Sidlo entweder gut zuzureden oder – bei Aussichtslosigkeit – ein Machtwort zu sprechen.

Das wird, so berichten seine wenigen Gesprächspartner, auf absehbare Zeit eher nicht geschehen. Die nächste turnusmäßige Aufsichtsratssitzung der Casinos findet am 24. September statt. Fünf Tage vor der Nationalratswahl. Und Walter Rothensteiner wird die Sache bis dahin wohl aussitzen. Kommt Zeit, kommt Rat. Alte Schule halt.

Walter Rothensteiner ist 66 Jahre alt. 2012 hat er die Nachfolge von **Christian Konrad** als Raiffeisen-Generaldirektor angetreten, er ist damit höchster Repräsentant der Organisation. Davor war er Generaldi-



Walter Rothensteiner ist seit 23 Jahren Casinos-Aufsichtsrats-

rektor der Raiffeisen Zentralbank. In den Aufsichtsrat der Casinos Austria gelangte er qua Eigentümerschaft: Raiffeisen hielt seinerzeit via Uniq und Leipnik-Lundenburger Anteile am Glücksspielkonzern. Aus den Casinos Austria ist Raiffeisen zwar längst draußen, nicht so Walter Rothensteiner: Mittlerweile sitzt er dort seit 25 Jahren im Aufsichtsrat. Seit 23 Jahren hat er dort sogar den Vorsitz.

Auch diese lange Amtszeit als Aufsichtsratspräsident ist, sagen wir es freundlich zurückhaltend: höchst ungewöhnlich.

Zumal Rothensteiner, wie nun berichtet wird, eher nicht gehalten habe, was man sich von ihm versprochen hat. Durchaus, er ist ein mächtiger, gut vernetzter Mann. Aber halt keiner, der auf den Tisch haut, wenn es darauf ankommt.

Das ist viele Jahre lang nicht so aufgefallen. Mit **Leo Wallner** und später **Karl Stoss** hatten die Casinos Austria starke Generaldirektoren, die den Ton angaben. Doch mit dem Einstieg der tschechischen Sazka als Mehrheitseigentümerin des Unterneh-

Casinos Austria



präsident. Die aktuelle Krise des Konzerns meistert er aber eher nicht so routiniert.

(Gemeinfrei)

mens und der Inthronisierung von **Alexander Labak** als Konzernchef seien Rothensteiners Schwächen augenscheinlich geworden, heißt es.

Zum Beispiel, als Labak den Verkauf der Auslandstochter in die Wege leiten wollte – gegen den Willen des österreichischen Mit-eigentümers. Zum Beispiel, als es den Wunsch gab, Alexander Labak vorzeitig abzulösen – Rothensteiner zog es vor, eher passiv zu sein. Dafür setzte er sich immer wieder massiv für das Sponsoring der Casinos von allerlei kulturellen Events ein.

Und dann die Ereignisse des Juni 2018. Da war eine Aufsichtsratssitzung des Unternehmens anberaumt. Unmittelbar vor Beginn der Sitzung trüdelte im Büro der Konzernzentrale ein Fax (!) ein. Absender: der tschechische Mehrheitseigentümer. Es war eine Liste jener Personen, die er neu in den Aufsichtsrat entsenden lassen wollte. Zwei der insgesamt zwölf Mitglieder wurden darin Aktionär Novomatic zugestanden. Ein Mitglied dem Kleinaktionär Schelhammer & Schattera. Die Republik Österreich, die immerhin 33,2 Prozent an dem Unternehmen hält, wäre leer ausgegangen. Eine einzige

Kriegserklärung. Üblicherweise akkordieren Großaktionäre solche Dinge im Vorfeld.

In der folgenden Sitzung müssen sich dramatische Szenen abgespielt haben. Letztlich stimmte Novomatic gegen den Sazka-Plan. Obwohl es zwischen beiden eine schriftlich vereinbarte **Stimmrechtsbindung** gibt – die Tschechen haben deswegen auch bereits ein internationales Schiedsgericht angerufen.

Eigentlich hätte Walter Rothensteiner spätestens zu diesem Zeitpunkt seine Mission als ausgleichender Aufsichtsratspräsident – als gescheitert betrachten müssen. Hat er aber nicht.

Im März 2019 wurde schließlich Peter Sidlo vom Aufsichtsrat zum Vorstand bestellt – mit den Stimmen der Republik- und der Novomatic-Vertreter. Gerichteweise hat Rothensteiner die von Headhunter Egon Zehnder geäußerten Bedenken gegen Sidlo dem Aufsichtsrat nicht vollständig weitergeleitet.

In den laufenden Ermittlungen zu dieser undurchsichtigen Causa wird Rothensteiner als Zeuge geführt.

LEITARTIKEL

VON RAINER NOWAK



Ibiza ist wieder da - und leichtes Ermittlungschaos

Die Gründe für die Hausdurchsuchungen bei der FPÖ und die Novomatic-Vorwürfe dürfen über üblichen Postenschacher hinausgehen. Und müssen.

Was wäre der Gegenbeweis für zwei entscheidende Thesen der jüngsten österreichischen Geschichte? Erstens die These, dass der sattsam bekannte Ibiza-Abend mit seinem sattsam bekannten Conférencier Heinz-Christian Strache nur eine feucht-fröhliche Party gewesen sei, die verbal ein wenig aus dem Rahmen fiel. Zweitens, dass die FPÖ zwar eine äußerst rechte Partei ist, aber nicht mehr so personell korrupt sei, wie sie unter Haider war. (Was auch an dieser Stelle zum Beginn von Türkis-Blau erwartet worden war.)

Der Gegenbeweis wäre ganz einfach: Wenn Straches prahlerischen Worten Taten folgten. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ist offenbar der Meinung, genug Beweismaterial zu haben, um die umfangreichen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen zu rechtfertigen, die möglicherweise noch mehr Beweismaterial liefern, um die beiden genannten Thesen endgültig zu falsifizieren. In den bekannten Video-Ausschnitten prahlt Strache mit bisherigen Groß Spendern und stellt einer falschen Oligarchennichte mögliche Staatsaufträge in Aussicht, sollten finanzielle Zuwendungen erfolgen. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat offenbar schwerwiegende Verdachtsmomente dafür, dass den möglichen Spenden von Novomatic Versprechen gefolgt sind. Da ist von Glücksspiellizenzen die Rede und von der Rücknahme des Verbots für das kleine Glücksspiel in Wien.

Jetzt geht es auch um eine Postenbesetzung: FPÖ-Mann Peter Sidlo wurde in den Casinos-Vorstand geholt, obwohl er laut vorliegenden Informationen definitiv nicht der bestqualifizierte Kandidat des mit der Suche beauftragten Headhunters war. In dem Fall hätte der erfahrene und bisher stets Integre Aufsichtsratspräsident, Walter Rothersteiner, mitspielen müssen, was auf Druck des Miteigentümers Novomatic (und des türkisen Reichszweidrittels zwecks Koalitionsharmonie?) schließen lässt. Das wäre nicht der übliche Postenschacher in Rot, Schwarz und eben Blau, sondern wesentlich mehr: Die im Video im doppelten Wortsinn angegebenen Interventionen im Fall einer FPÖ-Regierungsbeteiligung klingen plötzlich sehr realistisch. Ibiza wäre demnach Realität geworden. (Obwohl der von Strache in

den Raum gestellte Ausschluss der Strabag von Regierungsaufträgen bekanntlich nicht passiert ist.) Sollte Sebastian Kurz eine Wiederaufnahme der türkisblauen Regierung nicht ausschließen oder gar mit einer solchen liebäugeln: So ist kein Staat zu machen. Sollte Norbert Hofer von Regierungsbeteiligung träumen: So bleibt nur die Oppositionsbank.

Als wäre das alles nicht schlimm und peinlich genug, offenbaren die jüngsten Hausdurchsuchungen und die aus Justiz- und Innenressort tröpfelnden Informationen, dass es wieder einmal einen kleinen Krieg zwischen den Ministerien und Behörden gibt, der weder für die Sache noch den Staat hilfreich sein kann. Einmal mehr wird da doppelt (noch im Idealfall) oder gegeneinander ermittelt. Aus der Korruptionsstaatsanwaltschaft ist zu hören, dass man der Sonderkommission Ibiza misstraut, dass sie möglicherweise dank einzelner Beamter eine ÖVP-Nähe habe und mit Augenklappen ermittle. (Bei der Schröder-Posse hat ein solcher Vorwurf der Kurz-Mitarbeiter in Richtung roter Beamter im Kanzleramt für einen breiten Schulterschluss der Republik geführt.)

Tatsache ist, dass Innenminister Wolfgang Peschorn den Soko-Ibiza-Ermittlern klar gesagt hat, dass sie ohne Rücksicht auf Wahltermin und Parteien recherchieren sollen und müssen. Und Peschorn ist sicher kein türkiser Parteisoldat. Tatsache ist auch, dass aus der Soko zu unserem Leidwesen noch nichts durchgesickert ist, aus der Korruptionsstaatsanwaltschaft hingegen ein Info-Strom an ein paar Medien fließt. Übrigens: Über die Hintergründe und Geldgeber des Videos nicht zu recherchieren und nicht zu ermitteln wäre schlicht absurd. Das muss genauso untersucht werden wie jeder einzelne mögliche im Video manifestierte Rechtsbruch.

Das Ibiza-Video sorgte für das Aus der Regierung und Neuwahlen. Dann wurde es verblödet, verharmlost, fast vergessen. Nun ist es wieder präsent. Vielleicht setzt endlich so etwas wie Läuterung ein... Liest sich naiv, ich weiß.

Novomatic und das Spiel mit der Politik

Europas größter Glücksspielkonzern hat viel Einfluss und nützt ihn auch gern – Online-Gaming-Lizenz war schon 2005 ein Thema

Es war ein Kampf auf Biegen und Brechen. 2014 wurden neue Glücksspiellizenzen in Wien und Niederösterreich vergeben. Da die anderen zwölf Spielbanklizenzen ausschließlich bei der teilstaatlichen Casinos Austria AG lagen und liegen, wurde mit Spannung erwartet, ob der Finanzminister ein wenig Wettbewerb zulassen würde. Der hieß damals Michael Spindelegger und fungierte auch als ÖVP-Chef.

Es kam, wie es kommen musste – vorerst: Ein im Finanzministerium eingerichteter Beirat empfahl, auch bei den drei neuen Lizenzen die Casinos Austria AG (Casag) zum Zug kommen zu lassen. Besonders überraschend kam das nicht, immerhin ist die Republik – damals noch über die Mün-

ze Österreich – zu einem Drittel an der Casag beteiligt. Doch das Unternehmen hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Sprich: die Lobby-Maschinerie der Novomatic unterschätzt. Erwin Pröll, damals niederösterreichischer Landeshauptmann, mächtigster Mann in der ÖVP und politischer Ziehvater Spindeleggers, hatte etwas dagegen.

Dazu muss man wissen: Novomatic, größter Glücksspielkonzern Europas, hat ihren Sitz im niederösterreichischen Gumpoldskirchen. Dort arbeiten 1200 der 23.000 Beschäftigten des Konzerns. Pröll wandte sich schriftlich an den Finanzminister und deponierte, dass dem geplanten Novomatic-Standort in Bruck an der Leitha der Vorzug vor dem Ca-

sag-Kasino in Krems zu geben sei. Nicht viel anders verlief das Prozedere in Wien, wo sich Bürgermeister Michael Häupl ebenfalls für Novomatic starkmachte. Also entschied Spindelegger: Die Casag – wie gesagt vom Beirat für alle drei Spielbanken erstgereiht – erhielt gar keine Lizenz. Novomatic immerhin zwei – jene in Bruck und eine im Wiener Prater. Die Vergabe wurde Jahre später höchstgerichtlich gekippt.

Ibiza-Spiele

Die Anekdote illustriert dennoch, wie groß der Einfluss des vom gelernten Fleischer Johann Graf aufgebauten Konzerns ist. Österreich ist zwar nur ein kleiner Markt für die weltweit agierende Gruppe, doch Kleinvieh macht

auch Mist. Als in Österreich die Länder Konzessionen für Automatenhallen ausschrieben, machte Novomatic fast flächendeckend das Spiel.

Durch Ibiza-Gate erscheint die Macht der Gruppe in einem neuen Licht. „Novomatic zahlt alle“, sagte der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache vor versteckter Kamera. Der Konzern weist Vorwürfe der Parteienfinanzierung strikt zurück. Was erst seit Dienstag bekannt ist: Laut der *Süddeutschen Zeitung* sagte Strache überdies in der Finca, dass er das Casag-Monopol aufbrechen wolle.

Dazu passen die neuen Vorwürfe, wonach die Freiheitlichen die Zustimmung von Novomatic zur Installierung ihres Wiener Bezirksrats Peter Sidlo als Casag-Fi-

nanzchef erhielten, nachdem den Gumpoldskirchnern Wohlwollen bei der Vergabe neuer Spiellizenzen in Aussicht gestellt worden sei. Novomatic spricht von „absurden Vorwürfen“.

Dass das Graf-Imperium mit 2,6 Milliarden Euro Umsatz auf das Casag-Geschäft spitzt, hat sich schon öfter gezeigt. Legendär ist etwa der Versuch im Jahr 2005, das Monopol auf Online-Spiele zu kippen, bei dem Walter Meisberger seine Kontakte spielen ließ. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion landete unter der Ägide von Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser plötzlich ein Entwurf im Parlament, der sofort beschlossen werden sollte. Das Vorhaben platzte, die Justiz ermittelte – und stellte das Verfahren 2017 ein. (as)

➤ Hintergründe zur Hausdurchsuchung beim ehemaligen

Was ist dran an der



foto: www.glimmek.com/264-P131m01e1

Casinos-Vorstand Peter Sidlo

Keine drei Monate nach seinem Rücktritt haben Behörden das Handy von Heinz-Christian Strache bei einer Razzia einkassiert. Es geht um den Verdacht der Bestechlichkeit bei einer Casinos-Postenvergabe. Was ist an der Sache dran? Wer ist der Betroffene? Und wem nützt all das? Ein Blick auf Fragen und Antworten.

➤ Was wird Heinz-Christian Strache vorgeworfen?

Der Verdacht, das geht aus dem der „Krone“ vorliegenden Durchsuchungsbeschluss hervor, lautet wie folgt: Der blaue Bezirksrat Peter Sidlo soll aufgrund eines illegalen Deals zwischen der FPÖ und dem Glücksspielkonzern Novomatic in den Vorstand der Casinos eingezogen sein.

Dafür, dass die Wahl auf den „nicht geeigneten“ Sidlo fiel, soll die FPÖ dem zu 17 Prozent an den Casinos beteiligten Konzern als Gegenleistung Glücksspiellizenzen zugesagt haben. Zudem soll die FPÖ versprochen haben, sich im Gegenzug für ein Ende des Automatenverbots in Wien einzusetzen, so die Justiz.

➤ Wer ist noch involviert?

Ausgeschnapst hat sich das Ganze laut Justiz Ex-Klubchef Johann Gudenus mit Novomatic, involviert seien auch Heinz-Christian Strache und der Ex-Staatssekretär mit dem Faible für den Glücksspielbereich, Hubert Fuchs. Dieser hat übrigens einen prominenten Platz auf der FPÖ-Bundesliste für die Nationalratswahl. Ihnen allen wirft die Justiz Bestechlichkeit vor – den Novomatic-Chefs indes Bestechung.

➤ Gibt es handfeste Belege?

Bekannt sind noch keine. Die Justiz stützt sich neben den Aussagen aus dem Ibiza-Video – zur Erinnerung: Strache und Gudenus erklärten dort, dass „Novomatic eh alle zahlt“ – auf eine „anonyme Anzeige“. Die drastischen Mittel der Behörden werden so begründet: „Eine anonyme Anzeige kann eine ausreichende Verdachtslage für die Durchsuchung (...) begründen, wenn ihr Inhalt glaubwürdig und plausibel erscheint.“

➤ Wer hat das angezeigt?

Das weiß niemand. Insider schließen nicht aus, dass die im Machtkampf um die Casinos mit Novomatic befindliche tschechische Sazka-Gruppe etwas damit zu tun haben könnte. Diese allerdings dementiert vehement:

FPÖ blockierte Initiative in letzter Minute

Spielerschutz-Gesetz spurlos verschwunden

Die Blauen zählen, daraus machten sie bisher auch kein Geheimnis, nicht gerade zu den größten Kämpfern gegen die private Glücksspielindustrie. Ein eher dubioses Beispiel dafür ereignete sich im Frühjahr 2018, angesichts jüngster Entwicklungen wird dieser Tage wieder darüber getuschelt: Damals schickte Türkis-Blau nämlich bereits einen Begutachtungsentwurf für eine Glücksspiel-Novelle ins Parlament – die Sache war also ausgemacht. Der

Entwurf sah eine viel strengere Auslegung des Glücksspielregulativs vor, die Politik wollte damit härter gegen illegale Anbieter im Onlinebereich vorgehen. Auch sollten Spieler ihr Geld leichter zurückbekommen. Die ÖVP frohlockte in Ausendungen bereits, wie wichtig das neue Gesetz sei. Doch aus der Sache wurde nichts – der Grund, wie es heißt: Die FPÖ blockierte das Begehrt in letzter Minute, der Entwurf wurde zurückgezogen – was äußerst unüblich ist.

Strache-Sache?

ANORDNUNG DER DURCHSUCHUNG UND DER SICHERSTELLUNG

STRAFSACHE:

gegen:

1. Heinz-Christian STRACHE und andere Beschuldigte

wegen:

§§ 304 Abs 1, 307 Abs 1 StGB

Man sei in keiner Form an der Anzeige beteiligt, „es gab keinerlei Kontakt zur Staatsanwaltschaft“, heißt es.

Was sagt Novomatic dazu?

Die Vorwürfe seien „völlig haltlos“. Erstens könne man keinen Vorstand alleine benennen, zudem sei es aufgrund des Casinomonopols ohnehin aussichtslos, sich für eine Onlinekonzession zu bewerben. Nicht zuletzt behauptet der Milliardenkonzern, dass Politiker vor der Wien-Wahl ja gar keine Zusagen in puncto Automatenverbot machen könnten.

Wer ist dieser Peter Sidlo?

Der Wiener ist einer der Glückspilze der blauen Regierungsbeteiligung – schiefe Optik gab es bei ihm bisher schon. Ein Beispiel: Quasi während ihn die FPÖ zum Nationalbank-Generalrat gemacht hat, half die Investmentfirma Sigma, deren Vorstand er war, bei der geplanten Übernahme der Wiener Privatbank durch tschechische Investoren mit. Der später folgenden Bestellung zum Casinos-Boss

stand eigentlich das ablehnende Urteil eines Personalberaters im Weg – zum Zug kam der 45-Jährige dennoch. Brisant: Die Firma Sigma gehört Sidlos Schwager, Markus Braun – dieser wiederum ist zentrale Figur in FPÖ-nahen Vereinen, von denen nach dem Ibiza-Video wegen angeblicher verdeckter Parteienfinanzierung die Rede war.

Wer profitiert nun politisch?

Sollte sich der Verdacht nicht in Luft auflösen, dürfte die FPÖ bei der nahenden Nationalratswahl Schaden nehmen – und die jüngere Vergangenheit lehrt, dass Blauwähler zumeist entweder ins Lager der ÖVP oder in jenes der Nichtwähler überlaufen.

Jetzt ist auch noch das Handy weg: Wegen Postenschacher-Verdacht gab es bei Strache und in einem Osttiroler FPÖ-Haus Razzien. Strache, der mit Vorliebe heikle Dinge via SMS verschickt, musste dabei sein Mobiltelefon abgeben.



Foto: www.picturafestel.com

Thema des Tages



DORIS YETTERMANN

Klotz um Bein

Manchmal kann es schnell gehen: Vor einigen Monaten noch war Heinz-Christian Strache der Vorzeige-Freiheitliche und dazu zufriedener Vizekanzler. Jetzt ist er nicht nur schambefreit, sondern auch ein Klotz am Bein. Ein Ballast. Ein immer größer werdendes Hindernis. Einerseits für den neuen FPÖ-Chef Norbert Hofer, für den

der Spagat zwischen den, trotz allem zahlreichen, Strache-Fans und einer glaubwürdigen Neuaufstellung der Partei nun wirklich nicht mehr machbar ist.

Andererseits macht Strache aber auch eine mögliche Neuaufgabe der türkis-blauen Koalition für die ÖVP regelrecht unmöglich. Dem Vernehmen nach ist die ÖVP in ihrer Haltung dazu gespalten, es gibt sowohl das Lager, das die Freiheitlichen nicht mehr in der Nähe sehen möchte, als auch jene etwa gleich große Gruppe, die über rechte Skandale hinwegsieht, weil das Zusammenarbeiten einfacher war als mit den Roten.

Die Casino-Affäre könnte die FPÖ in größere Schwierigkeiten als das Ibiza-Video bringen. Und wieder sind dieselben Protagonisten beteiligt. Die Blauen werden sich dennoch nicht von Heinz-Christian Strache lossagen, der Gefallene wird wohl sogar wieder in die Politik zurückkehren. Eine Koalition mit dieser Partei wird für ÖVP-Chef Sebastian Kurz nicht mehr argumentierbar sein. Zumal die Partnerschaft erneut auf sehr wackeligen Beinen stehen würde – und ein weiteres Scheitern des Bündnisses kann sich Kurz nicht leisten.

Die Aktien der anderen Parteien sind soeben ein Stück weit gestiegen.

APA0376 5 WI 0400 II Siehe APA0288/14.08

Mi, 14.Aug 2019

Casinos/Glücksspiele/Korruption/Vorstand/Novomatic/Österreich

Causa Casinos - Novomatic nennt Vorwürfe " völlig haltlos"

Utl.: Casag-Vorstandsbestellung von der Novomatic alleine gar nicht möglich - Kein Interesse mehr an Wieder-Zulassung des "kleinen Glücksspiels"

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Am zweiten Tag nach Bekanntwerden der Ermittlungen der Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) wegen des Verdachts eines politischen Deals mit Novomatic rund um die Bestellung des Wiener FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der teilstaatlichen Casinos Austria (Casag) hat sich am Mittwoch die Novomatic selbst zu Wort gemeldet. Die Firma bezeichnet die Vorwürfe als "völlig haltlos".

Am gestrigen Dienstag gab es nach anonymen Anzeigen unter anderem bei Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) und Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus Hausdurchsuchungen. Konkret soll es eine Vereinbarung gegeben haben, Sidlo auf einem Ticket von Casag-Miteigner Novomatic in den Vorstand der Casinos zu entsenden. Im Gegenzug hätte die FPÖ Entgegenkommen bei etwaigen Gesetzesänderungen beim kleinen Glücksspiel nach der Wiener Wahl und einer nationalen Online-Gaming-Lizenz signalisiert, so der Vorwurf.

Die Novomatic weist in einer Aussendung jegliche Vorwürfe von sich. Denn die Novomatic könne alleine keinen "Kandidaten" für einen Vorstandsposten ernennen. "Die Novomatic ist bei der Casag Minderheitsaktionär mit lediglich 2 von 18 Aufsichtsräten, hat keinen Anspruch auf einen Vorstandsposten und kann daher auch keinen Vorstand alleine bestimmen," so die Stellungnahme des Konzerns am Mittwoch.

Weiters, so Novomatic, sei die Unterstützung des Konzerns in Lizenzfragen in der angegebenen Form gar nicht möglich. "Die Vergabe von Glücksspielkonzessionen ist in Österreich überhaupt nur möglich, wenn eine gesetzliche Grundlage dafür besteht, und auch dann nur im Rahmen einer internationalen, transparenten und öffentlichen Ausschreibung," so Novomatic. "Zudem ist es völlig lebensfremd, dass sich ein neu bestellter Vorstand eines Monopolunternehmens - statt sein Monopol zu schützen - dafür einsetzen würde, dass gesetzlich weitere Konzessionen zugelassen und an andere Unternehmen vergeben werden."

Schließlich sei auch keiner der FPÖ-Funktionäre - weder Strache noch Fuchs - in der endgültigen Verantwortung gewesen, um Entscheidungen für diesen Themenkreis zu treffen, heißt es in der Aussendung weiter. An der neuerlichen Zulassung des "kleinen Glücksspiels" in Wien habe die Novomatic "auch kein wirtschaftliches Interesse mehr", schrieb das Unternehmen heute. Der Ausgang der Wien-Wahl 2020 sei noch offen, daher könne ein Politiker "schon deswegen keine derartigen Zusagen machen", so die Novomatic.

Größte Aktionärin der Casinos Austria ist die Sazka-Gruppe mit 38 Prozent. Dahinter folgt die Republik, die über die Staatsholding ÖBAG mit 33 Prozent an dem Unternehmen beteiligt ist. Novomatic hält 17 Prozent.

„APA“ 14.08.2019

APA0179 5 WI 0472 II Siehe APA0168/14.08

Mi, 14.Aug 2019

Casinos/Glücksspiele/Casinos Austria/Österreich/Wien/Hintergrund

Causa Casinos - Stichwort Verschlussache

Utl.: Korruptionsstaatsanwaltschaft führt Ermittlungen unter höchster Geheimhaltungsstufe durch - Details nur durch Medienberichte bekannt

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) führt die Ermittlungen in der Causa Casinos im Geheimen durch. Sie nennt weder die Namen der Beschuldigten noch Details zu den durchgeführten Hausdurchsuchungen. Grund dafür ist die Entscheidung der Justiz, die Ermittlungen als sogenannte Verschlussache zu führen.

Geregelt ist die Geheimhaltung in der Verschlussachenverordnung. Darin heißt es: "Ein Ermittlungsakt ist als Verschlussache einzustufen, wenn besondere Geheimhaltungsgründe bestehen. Solche liegen insbesondere dann vor, wenn an dem Strafverfahren wegen der außergewöhnlichen Bedeutung der aufzuklärenden Straftat oder der Funktion des Tatverdächtigen im öffentlichen Leben ein besonderes öffentliches Interesse besteht und die Weitergabe von Informationen aus dem Ermittlungsverfahren mit einer besonderen Gefahr für die von den Ermittlungen betroffenen Personen oder Dritte, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit verbunden wäre oder den Zweck der weiteren Ermittlungen gefährden würde."

Ob und wie lange ein Ermittlungsakt als Verschlussache geführt wird, entscheidet demnach der Leiter der Staatsanwaltschaft, der Leiter der übergeordneten Oberstaatsanwaltschaft oder das Bundesministerium für Justiz. Nicht umgangen werden darf dadurch das Recht auf Akteneinsicht. Weiters ist jede Zugriffsberechtigung aktenkundig zu machen. Für die Lagerung und den Transport gelten strenge Regeln.

Im Fall der Causa Casinos betrifft der Verschluss das gesamte Strafverfahren, wie der Leiter der Pressestelle der WKStA, Rene Ruprecht, zur APA sagte.

Bekannt sind die Hintergründe zu den Ermittlungen nur aufgrund von Medienberichten. "Der Standard" und das ORF-Radio hatten am Dienstag von den am Montag erfolgten Razzien unter anderem bei Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus erfahren.

"Ö1" zitierte am Mittwoch auch aus dem Hausdurchsuchungsbefehl. In dem zehn Seiten starken richterlich genehmigten Durchsuchungsbefehl von zwei Staatsanwältinnen heißt es demnach: "Johann Gudenus vereinbarte mit Novomatic-Vorstand Harald Neumann, dass Novomatic als FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo benennen sollte. In enger Abstimmung mit Heinz-Christian Strache wurde im Gegenzug eine wohlwollende Unterstützung der Novomatic durch die FPÖ ausgemacht. Gegenstand war insbesondere die Erteilung einer Casino-Lizenz in Wien und einer nationalen Online-Gaming-Lizenz." Außerdem habe Gudenus für den Fall eines FPÖ-Wahlsieges in Wien zugesichert, das kleine Glücksspielgesetz, also das Automaten-Glücksspiel, wieder zu aktivieren. Wie es in dem Hausdurchsuchungsbefehl laut "Ö1" weiter heißt, soll Ex-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs mit Johann Graf, dem Eigentümer der Novomatic, bei einem Treffen in London den Deal dann akkordiert haben. Alle Genannten bestreiten die Vorwürfe.

Fuchs genießt nach seinem Wechsel aus der Regierung in den Nationalrat mittlerweile parlamentarische Immunität. Ob die WKStA das Hohe Haus ersucht, Fuchs auszuliefern, ist offen. Die Ermittlungsbehörde gibt dazu - unter Verweis auf die Verschlussache - keine Auskunft. Die Parlamentsdirektion verweist in der Frage an die Staatsanwaltschaft. Auf der Webseite des Parlaments gibt es im Immunitätsausschuss offene Verhandlungsgegenstände zu drei Abgeordneten, nicht aber zu Fuchs.

Autor: pro/mk

Casino-Krimi: Razzien

- Postenschacher für Glücksspielgesetz?
- Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt
- Machtkampf um ein Milliardengeschäft

Das Glück ist ein Vogerl. Geht es allerdings nach der Korruptionsstaatsanwaltschaft, hat die FPÖ bei den Casinos Austria ordentlich nachgeholfen. Die Justiz ermittelt jedenfalls im Krimi um einen fragwürdigen Deal mit dem internationalen Glücksspiel-Riesen Novomatic. Dabei gerät ein möglicher Postenschacher gegen ein bestelltes (Glücksspiel-)Gesetz ins Visier.

„Es besteht der Verdacht, dass zwischen Verantwortlichen eines Glücksspielunternehmens und Amtsträgern der Republik im Gegenzug für die Besetzung eines bestimmten Kandidaten einer Aktiengesellschaft die parteiische Vergabe von Glücksspiellizenzen vereinbart wurde“, bestätigt ein WKStA-Sprecher. Bei einer Verurteilung wegen Bestechung drohen bis zu zehn Jahre Haft!

So viel steht fest: Am Montag schwärmten Ermittler zu Razzien aus. Hausdurchsuchungen fanden in den Wohnungen bzw. Büros von Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, des früheren Wiener Vizebürgermeisters Johann Gudenus, Novomatic-Chef Harald Neu-

Im Brennpunkt

CHRISTOPH BUDIN, PETER GROTTER, GABRIELA GÖDEL

mann und dem Casinos-Austria-Finanzchef Peter Sidlo in Wien und NÖ statt. Genau diese politische Besetzung des Vorstandes mithilfe des damaligen Koalitionspartners ÖVP durch einen ehemaligen Wiener FPÖ-Bezirksrat steht im Mittelpunkt der Ermittlungen.

Insider vermuten hinter Anzeige Konkurrenten

Hintergrund ist allerdings nicht das Ibiza-Video mit Straches machtberauschten Aussagen über Millionen-Spenden heimischer Großunternehmen, sondern eine anonyme Anzeige. Mit so vielen Details, dass Insider als Tipgeber die tschechische Sazka Group, die zum Imperium des Milliardärs Komárek gehört, vermuten.

Denn der 38-Prozent-Eigentümer der teilverstaatlichten Glücksspielgruppe Casinos Austria AG (Casag) liefert sich einen erbitterten Machtkampf samt Schiedsgerichts-Klage mit der Novomatic, die 17 Prozent hält.

Jede Negativberichterstattung könnte natürlich beim Hinausdrängen des unliebsamen Konkurrenten im Milliardengeschäft helfen. Und hier kommt Peter Sidlo ins Spiel. Er soll mit einem blauen Novomatic-Ticket auf dem Chefessel sitzen. Für eine Gegenleistung? Von seiten des Konzerns heißt es nur: „Die Vorwürfe sind haltlos, aber wir kooperieren selbstverständlich mit den Behörden.“ Hinter vorgehal-



Foto: sepp/pal, EPA/Michael Gruber (2), Zwi/fo

tener Hand gibt man sich jedoch entspannt.

„Neue Parteiführung hat damit nichts zu tun“

Ein Kenner erklärt, warum: Zum einen stelle Novomatic nur 2 von 18 Aufsichtsräten. Zum anderen müsste es eines blauen Bürgermeisters bedürfen, der das verbotene kleine Glücksspiel mit Automaten (s. Artikel re.) in Wien wieder erlaubt. Und dann würden auch noch die Lizenzen dafür international ausgeschrieben werden.

Während die Neos „vor der ‚blauen Glücksfee‘ warnen“ und die SPÖ zur Abwahl der „gekauften Politik“ aufruft, distanziert sich die FPÖ von Strache: „Die neue Parteiführung, aber auch die FPÖ stehen damit in keinerlei Zusammenhang.“ Der Krimi bleibt spannend.

© Um seinen Job geht es: Casinos-Austria-Finanzchef Peter Sidlo.



Foto: www.pictures.com/PA, PictureDesk



Foto: privat

Anwalt Peter Ozlberger



Foto: APA

Novomatic-Gründer Graf

bei Strache & Novomatic



☉ Die Kugel fällt auf Strache, Gudenus & Co. In einem Casino-Krimi um möglichen Postenschacher gegen ein Glücksspielgesetz gab es Razzien.

Ein weiterer politischer Angriff auf meine Person. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe entbehren jeder Grundlage.

Heinz-Christian Strache kontext via Facebook.

Megakonzerne mit Problemen

- **Novomatic fährt Milliardenumsätze ein**
- **Doch gerade in letzter Zeit ist die Firma öfter in teure Rechtsstreitigkeiten verwickelt**

Novomatic ist ein weltweit agierender Glücksspielkonzern: Das Unternehmen mit Firmensitz in Gumpoldskirchen (NÖ) beschäftigt 25.000 Mitarbeiter, davon 3300 in Österreich. Gründer Johann Graf, ein gelernter Fleischerhauer, gilt mit sechs Milliarden Euro Vermögen als einer der reichsten Österreicher. Der Umsatz von fast fünf Milliarden ist gewaltig, doch es gibt auch Probleme.

Vor allem in Wien hat sich die Lage für Novomatic seit dem Jahr 2014 dramatisch verändert. Damals verbot die Stadt Wien das Automatenspiel, das Novomatic vor allem in den großen Spielhallen angeblich 120 Millionen Umsatz bescherte. Novomatic und die Stadt Wien waren seither in zähe Rechtsstreitigkeiten verwickelt.

Auch an anderer Front musste Novomatic Nieder-

lagen hinnehmen. Besonders erfolgreich im Kampf gegen Novomatic ist Anwalt Peter Ozlberger. Er hat zehn Millionen Euro eingeklagt und bereits 2,3 Millionen zugesprochen bekommen. Es ging einerseits um Klagen von Spielern, die nachweisen konnten, dass sie spielsüchtig und daher nicht geschäftsfähig waren, andererseits um die Rechtmäßigkeiten der Automaten: Laut eines aktuellen höchstgerichtlichen Urteils steht fest, dass sie vor 2014 teilweise illegal waren. Vor allem wegen sogenannter „Action-Games“, durch die der er-

laubte Maximalgewinn von 20 Euro überschritten werden konnte.

Und damit seien, so die Höchstrichter, die gesetzlichen Grenzen des „kleinen Glücksspiels“ verletzt worden. Bei diesen Prozessen geht es um Beträge zwischen 90.000 und 375.000 Euro.

Novomatic hatte alle Vorwürfe stets bestritten, doch man könnte durchaus vermuten: Aus dem Blickwinkel dieser unklaren und für Novomatic völlig unvorteilhaften Rechtslage könnte der Konzern an einer Neuregelung interessiert gewesen sein.

„www.derstandard.at“ 14.08.2019

CASINOS AUSTRIA AG

Postenschacher-Vorwurf: Neue Details zu Strache-Hausdurchsuchung

Ö1 zitiert aus Durchsuchungsbefehl: In der Causa um mutmaßliche Postenschacherei der FPÖ sei zumindest Beitragstäterschaft Straches "anzunehmen". "Heute" meldet eine weitere Durchsuchung, bei der Festplatten beschlagnahmt wurden

14. August 2019, 09:17 468 Postings

Nachdem DER STANDARD am Dienstag über Razzien bei Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, dem Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus, FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo und beim Novomatic-Chef Harald Neumann berichtete, kamen am Dienstag weitere Details zu den Ermittlungen an die Öffentlichkeit.

So berichtet die Tageszeitung "Heute" von einer weiteren Razzia in einer Tiroler Pension in St. Jakob im Defereggental. Dieses Bauernhaus gehöre seit 2012 dem FPÖ-Bildungsinstitut und werde öfters von Strache als Rückzugsort genutzt, so "Heute".

Demnach habe das Bundeskriminalamt die Räumlichkeiten durchsucht und dabei auch einen Tresor geöffnet, in dem sie offenbar mehrere Festplatten fanden und beschlagnahmten. Die Ermittler vermuten "Heute" zufolge, dass sich auf diesen Festplatten Aufzeichnungen zu Zahlungsflüssen aus der Glücksspielbranche befinden.

Ermittlungen

Strache hat diese Hausdurchsuchung nicht bestätigt und weist alle Vorwürfe zurück. Die Hausdurchsuchungen fanden im Zuge eines Ermittlungsverfahrens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) statt.

Beschuldigt seien sechs Personen und ein Verband, also ein Unternehmen. Dabei dürfte es sich um die Novomatic handeln. Novomatic bestätigte die Hausdurchsuchungen nicht. Bei den Personen handelt es sich um Sidlo, Neumann, Novomatic-Eigentümer Johann Graf, Gudenus, Strache und Ex-FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs. Mithilfe von Novomatic soll Sidlo Casinos-Finanzvorstand geworden sein. Als Gegenleistung hätten die FPÖ-Politiker Novomatic Glücksspiellizenzen versprochen. Ihnen wird Bestechlichkeit und Bestechung vorgeworfen. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.



Bei einer Durchsuchung von Räumlichkeiten des FPÖ-Bildungsinstituts, das auch Strache als Rückzugsort verwendet habe, sollen Festplatten beschlagnahmt worden sein, berichtet "Heute".

Foto: APA / HELMUT FOHRINGER

Ermittlungen

Strache hat diese Hausdurchsuchung nicht bestätigt und weist alle Vorwürfe zurück. Die Hausdurchsuchungen fanden im Zuge eines Ermittlungsverfahrens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) statt.

Beschuldigt seien sechs Personen und ein Verband, also ein Unternehmen. Dabei dürfte es sich um die Novomatic handeln. Novomatic bestätigte die Hausdurchsuchungen nicht. Bei den Personen handelt es sich um Sidlo, Neumann, Novomatic-Eigentümer Johann Graf, Gudenus, Strache und Ex-FPÖ-Staatssekretär Hubert Fuchs. Mithilfe von Novomatic soll Sidlo Casinos-Finanzvorstand geworden sein. Als Gegenleistung hätten die FPÖ-Politiker Novomatic Glücksspiellizenzen versprochen. Ihnen wird Bestechlichkeit und Bestechung vorgeworfen. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung.

"Novomatic zahlt alle"

Grundlage für die Hausdurchsuchungen ist eine detaillierte anonyme Anzeige bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft mit angeblichem Insiderwissen. Das Ö1-"Morgenjournal" berichtete am Mittwoch über weitere Details des zehneitigen Durchsuchungsbefehls.

Der Durchsuchungsbefehl sei betitelt mit "Strafsache gegen Heinz-Christian Strache und andere". Dabei müssten die genauen Befugnisse Straches in puncto Glücksspielthemen in seiner Zeit als Vizekanzler offenbar noch geprüft werden. Jedenfalls aber wäre "eine Beitragstäterschaft anzunehmen". Zitiert wird auch die Aussage Straches aus dem "Ibiza-Video": "Novomatic zahlt alle."

Dreivorstand besetzt

Im Durchsuchungsbefehl sollen auch Details über die Vorgehensweise der Besetzung des Vorstands der Casinos Austria enthalten sein. Dort heißt es: "Es sollten in dem 3er-Vorstand die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ vertreten sein." Ausgemacht sei weiter gewesen, dass "jede der drei Aktionärsgruppen – die staatliche Beteiligungs AG ÖBAG, die Tschechische Sazka-Gruppe und die Novomatic – einen der Vorstände benennen sollte."

Auch eine konkrete Vorgehensweise soll ausgemacht gewesen sein: "Johann Gudenus vereinbarte mit Novomatic-Vorstand Harald Neumann, dass Novomatic als FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo benennen sollte. In enger Abstimmung mit Heinz-Christian Strache wurde im Gegenzug eine wohlwollende Unterstützung der Novomatic durch die FPÖ ausgemacht. Gegenstand war insbesondere die Erteilung einer ‚Casino Lizenz in Wien‘ und einer ‚nationalen Online Gaming Lizenz‘", heißt es in dem Durchsuchungsbefehl, aus dem der ORF zitiert.

Treffen in London

Auch über ein Treffen mit Novomatic-Eigentümer und Fuchs wird darin berichtet: "Fuchs akkordierte mit Johann Graf, dem Eigentümer der Novomatic, bei einem Treffen in London den Deal", heißt es. Fuchs und Strache wird auch vorgeworfen, dass sie "unter Ausnützung ihrer politischen Positionen Druck auf den Aufsichtsratsvorsitzenden der Casinos AG, Walter Rothensteiner, ausübten bzw. ausüben ließen".

Strache sprach bereits am Dienstag von einem "politischen Angriff" und einem "feigen Angriff auf meine Glaubwürdigkeit". Er betonte, dass an den Vorwürfen nichts dran sei und er sich bei den Ermittlungen uneingeschränkt kooperativ verhalte. Auch Sidlo und Novomatic bestreiten alle Vorwürfe. Der Glücksspielkonzern beteuerte die Kooperation mit den Behörden.

Casinos Austria betonte in einer ersten Reaktion, dass es gegen sie selbst keine Vorwürfe gebe. Vielmehr wären sie potentielle Opfer, sollte Novomatic tatsächlich Vorteile bei Glücksspiellizenzen erhalten haben.

Auch Fuchs wies am Dienstag alle Vorwürfe gegen ihn zurück, bestätigte aber die Teilnahme an einer Glücksspielmesse in London. Eine etwaige Vergabe von Lizenzen sei dort aber nicht Thema von Gesprächen gewesen.

Fehlende Qualifikationen

Politischen Druck habe es anscheinend auch gegeben, weil Sidlo die geeigneten Qualifikationen für den Finanzvorstand nicht vorweisen konnte. "Der Aufsichtsratsvorsitzende der Casinos, Walter Rothensteiner, wies den Personalberater an, sich auf die Beschreibung des Profils von Sidlo zu beschränken", berichtet Ö1 unter Berufung auf den Durchsuchungsbefehl. Dabei soll Rothensteiner dem Aufsichtsrat die Conclusio des Personalberaters vorenthalten haben, "wonach Peter Sidlo nicht die erforderliche Qualifikation aufwies".

Heftige Reaktionen

Am Dienstag gab es scharfe Kritik der Parteien an der abgewählten ÖVP-FPÖ-Regierung. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda ortet nach den Hausdurchsuchungen "einen weiteren handfesten türkis-blauen Korruptionsskandal" und forderte die Österreicher auf, "das türkis-blaue System der gekauften Politik" am 29. September abzuwählen."

Neos-Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn sieht sich bestätigt: "Wir haben immer vor dieser 'blauen Glücksfee' gewarnt", erklärte er in einer Aussendung. Schellhorn forderte Sidlos umgehende Suspendierung, auch in der Nationalbank (OeNB), wo Sidlo Mitglied des Generalrates ist.

U-Ausschuss gefordert

Für Peter Pilz von der Liste Jetzt zeigt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ein weiteres Mal, dass nur auf sie bei der Korruptionsbekämpfung Verlass sei. Er forderte, nach der Nationalratswahl einen Ibiza-U-Ausschuss einzurichten.

"Unfassbar und unverantwortlich, was die FPÖ in weniger als zwei Jahren zum Schaden der Republik angerichtet hat", sagte Grüne-Bundesrätin Ewa Ernst-Dziedzic. "Und die ÖVP hat offensichtlich nicht nur zugeschaut, sondern scheint auch abgenickt zu haben." Die ÖVP selbst forderte "rasche und umfassende Aufklärung". Die FPÖ betonte, dass die "neue Parteiführung, aber auch die FPÖ damit in keinerlei Zusammenhang" stehe. (red, 14.08.2019)

„www.orf.at“ 14.08.2019

 ZENTRALE STAATSANWALTSCHAFT
ZUR VERFOLGUNG VON
WIRTSCHAFTSSTRAFSACHEN UND KORRUPTION

WIRTSCHAFTS- UND KORRUPTIONSSTAATSANWALTSCHAFT

CASINOS-AUSTRIA-POSTEN

Brisante Details in Durchsuchungsbefehl

Nach den Hausdurchsuchungen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) in der Causa um die Bestellung eines Vorstands bei den Casinos Austria werden nun neue Details bekannt. Der Durchsuchungsbefehl für die Razzien bei Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus und weiteren Personen enthält brisante Einzelheiten zur Zusammensetzung des Dreiervorstandes.

Online seit heute, 7.00 Uhr



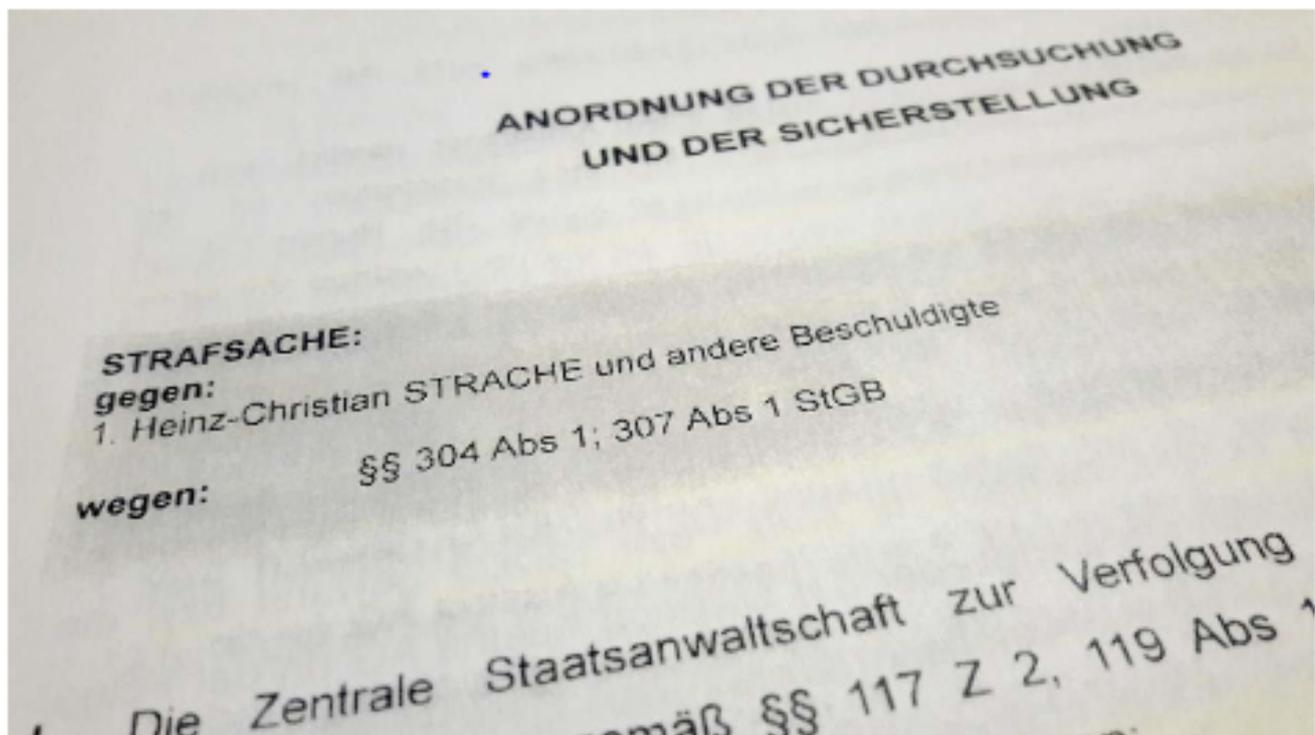
In dem zehneitigen Dokument, das Ö1 zugespielt wurde, ist zu lesen, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung fixer Bestandteil des neuen Vorstands der Casinos Austria sein sollte: „Es sollten in dem 3er-Vorstand die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ vertreten sein“, heißt es darin wörtlich - Audio dazu in [oe1.ORF.at](https://www.oe1.orf.at). Vor allem sei auch ausgemacht gewesen, dass „jede der drei Aktionärsgruppen - die staatliche Beteiligungs AG ÖBAG, die Tschechische Sazka-Gruppe und die Novomatic - einen der Vorstände benennen sollte.“

Die Vorwürfe werden dann auch konkretisiert: „Johann Gudenus vereinbarte mit Novomatic-Vorstand Harald Neumann, dass Novomatic als FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo benennen sollte. In enger Abstimmung mit Heinz-Christian Strache wurde im Gegenzug eine wohlwollende Unterstützung der Novomatic durch die FPÖ ausgemacht. Gegenstand war insbesondere die Erteilung einer ‚Casino Lizenz in Wien‘ und einer ‚nationalen Online Gaming Lizenz‘.“ Außerdem soll Gudenus für den Fall eines FPÖ-Wahlsieges in Wien zugesichert haben, „das kleine Glücksspielgesetz wieder zu aktivieren“, heißt es darin weiter.

Anzeige mit Insiderwissen

Die Vorwürfe stützen sich in erster Linie auf eine anonyme Anzeige. Diese soll jedoch detailliertes Insiderwissen beinhaltet haben - inklusive Zitaten aus Gesprächen in vertrautem Kreis, heißt es in dem Befehl, der von zwei Staatsanwältinnen verfasst wurde. Auch die Strache-Aussage aus dem „Ibiza-Video“, „Novomatic zahlt alle“, wird darin erwähnt.

ORF/Bernt Koschuh



Der Durchsuchungsbefehl wurde Ö1 zugespielt

Vorwürfe werden auch gegen den ehemaligen FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs geäußert. „Fuchs akkordierte mit Johann Graf, dem Eigentümer der Novomatic, bei einem Treffen in London den Deal“, heißt es. Fuchs und Strache wird auch vorgeworfen, dass sie „unter Ausnützung ihrer politischen Positionen Druck auf den Aufsichtsratsvorsitzenden der Casinos AG, Walter Rothensteiner ausübten bzw. ausüben ließen.“ Fuchs wies die Vorwürfe schon am Dienstag zurück: Er habe an einer Glücksspielmesse in London teilgenommen, eine etwaige Vergabe von Lizenzen sei in den dort geführten Gesprächen jedoch niemals Thema gewesen.

Qualifikation von FPÖ-Kandidat offenbar nicht ausreichend

Die Druckausübung soll sich vor allem darauf bezogen haben, dass Sidlo offenbar nicht die geeignete Qualifikation für den Finanzvorstand vorwies. „Der Aufsichtsratsvorsitzende der Casinos Walter Rothensteiner wies den Personalberater an, sich auf die Beschreibung des Profils von Sidlo zu beschränken“, heißt es. Rothensteiner soll dem Aufsichtsrat die Conclusio des Personalberaters vorenthalten haben, „wonach Peter Sidlo nicht die erforderliche Qualifikation aufwies“.

ZIB 2, 13.8.2019



Hausdurchsuchungen bei Ex-FPÖ-Chef Strache und Ex-FPÖ-Klubchef Gudenus

Die WKStA hat am Montag Razzien bei Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und bei Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus durchgeführt.

[Mehr Videos in news.ORF.at](#)

Befehl sieht „jedenfalls Beitragstäterschaft“ Straches

Betitelt ist der Durchsuchungsbefehl mit „Strafsache gegen Heinz-Christian Strache und andere“. Dabei seien die genauen Befugnisse des Ex-Vizekanzlers im Hinblick auf Glücksspielthemen noch zu prüfen, heißt es. „Wobei für den Fall, dass ihm keine konkrete Einflussmöglichkeit zukommen sollte, jedenfalls eine Beitragstäterschaft anzunehmen wäre.“

Strache wies tags zuvor die Vorwürfe zurück. „Ich habe mir keinerlei Verhalten - weder in diesem, noch in anderen Zusammenhängen - vorzuwerfen, das den Straftatbestand der Bestechlichkeit erfüllt“, so Strache. Er sieht darin „lediglich einen weiteren politischen Angriff auf meine Person“.

Novomatic wehrt sich gegen Vorwürfe

Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel sagte auf Anfrage, das Unternehmen werde vollumfänglich kooperieren, die Vorwürfe seien jedoch haltlos. Eine ausführlichere Stellungnahme lehnte Krumpel, unter Verweis darauf, dass es sich um einen Verschlussakt handle, ab. Novomatic-Chef Neumann meinte, es könne gar keine Deals oder Zusagen für das kleine Glücksspiel geben, und auch Sidlo dementierte laut „Standard“ alle Vorwürfe.

Novomatic steht in den Casinos an der Seite der Republik, die über die Staatsholding ÖBAG 33 Prozent an den Casinos Austria hält. Größte Aktionärin ist die Sazka-Gruppe um den Milliardär Karel Komarek mit 38 Prozent. Novomatic hält 17 Prozent.

ÖVP forderte rasche Aufklärung

Die ÖVP forderte vom vormaligen Koalitionspartner „rasche Aufklärung über den angeblichen FPÖ-Novomatic-Deal“. „Die im Raum stehenden Vorwürfe müssen umgehend geprüft und geklärt werden. Es braucht eine rasche und umfassende Aufklärung“, erklärte ÖVP-Generalsekretär Karl Nehammer am Dienstag.

SPÖ ortet „handfesten Korruptionsskandal“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda rief dazu auf, „das türkis-blaue System der gekauften Politik“ am 29. September abzuwählen. „Es ist unfassbar, dass ÖVP-Chef (Sebastian, Anm.) Kurz diese FPÖ in die Regierung geholt hat und diese Korruptionskoalition trotz der vielen Skandale auch noch fortsetzen will“, so Drozda, der nach den Hausdurchsuchungen „einen weiteren handfesten türkis-blauen Korruptionsskandal“ ortet.

NEOS-Wirtschaftssprecher Sepp Schellhorn sieht sich unterdessen in seinen Warnungen bestätigt. Den Skandal habe die vorige Regierung zu verantworten. „Wir haben immer vor dieser ‚blauen Glücksfee‘ gewarnt“, erklärte er in einer Aussendung. Schellhorn forderte Sidlos umgehende Suspendierung, auch in der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wo Sidlo Mitglied des Generalrats ist. „Sidlo muss umgehend suspendiert werden. Jemand, der unter Korruptionsverdacht steht, darf nicht einmal in die Nähe unseres Staatsgoldes gelassen werden! Weil, dass die FPÖ gern Dinge, die ihr nicht gehören, ans Ausland verscherbeln will, wissen wir spätestens seit Ibiza.“

Pilz will „Ibiza“-U-Ausschuss nach der Wahl

Entsetzt zeigte sich Grünen-Bundesrätin Ewa Ernst-Dziedzic. „Unfassbar und unverantwortlich, was die FPÖ in weniger als zwei Jahren zum Schaden der Republik angerichtet hat. Und die ÖVP hat offensichtlich nicht nur zugeschaut, sondern scheint auch abgenickt zu haben.“ Dass es jetzt Razzien beim ehemaligen Vizekanzler gebe, werfe ein desaströses Bild auf die Regierungszeit von ÖVP und FPÖ.

Für Peter Pilz von JETZT zeigt die WKStA ein weiteres Mal, dass nur auf sie bei der Korruptionsbekämpfung Verlass sei. „Ibiza‘ ist jetzt endgültig in Wien angekommen“, so Pilz. Er forderte, nach der Nationalratswahl einen „Ibiza“-U-Ausschuss einzurichten.

„www.sueddeutsche.de“ 13.08.2019

13. August 2019, 18:50 Uhr Nach Ibiza-Affäre

Razzien bei Strache und Gudenus



Johann Gudenus und Heinz-Christian Strache 2015 bei einer Pressekonferenz. (Foto: imago/Eibner Europa)



Feedback

- in Österreich wurden Medienberichten zufolge bei Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-FPÖ-Fraktionschef Johann Gudenus Hausdurchsuchungen durchgeführt.
- Diese stünden wohl im Zusammenhang mit der Vorstandsbestellung bei den Casinos Austria.
- Die Wiener Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Bestechung gegen sechs namentlich nicht genannte Personen.
- Strache teilt mit, er habe sich in der Sache nichts vorzuwerfen.

ANZEIGE

Von *Leila Al-Serori* und *Frederik Obermaier*

Der Abend war bereits über Ibiza hereingebrochen, als [Heinz-Christian Strache](#) an einem lauen Sommertag 2017 aufs Glücksspiel zu sprechen kommt: Es könne doch nicht sein, dass viele Österreicher im Internet zocken oder zum Spielen in die Slowakei fahren. Sobald er an der Regierung sei, müsse sich das ändern. "Wir machen ein Gesetz, wo wir geordnete Spielcasinos zulassen", erklärte er einer Frau, die ihm als russische Oligarchennichte vorgestellt worden war. Das Monopol der teilstaatlichen Casinos Austria, die alle Casinos in Österreich betreibt, gehöre aufgelöst.

Ein [heimlich gedrehtes Video jenes Abends](#) wurde später der SZ und dem Spiegel zugespielt. Nach den Veröffentlichungen zum sogenannten Ibiza-Video im Mai 2019 ging bei der österreichischen Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft eine anonyme Anzeige ein. Aufgrund jener Anzeige haben österreichische Ermittler diesen Montag Medienberichten zufolge bei Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus durchsucht.



SZPlus Wahlkampf der ÖVP

Kurz mal ganz bescheiden

Der Skandal um Strache und das Ibiza-Video hat das Land aufgewühlt und den Sturz der Regierung nach sich gezogen. Nun will die ÖVP des Altkanzlers auf Großspender verzichten. Aber wie transparent werden ihre Geldquellen dadurch wirklich?

Von Leila Al-Serori

Nach Informationen der Boulevardzeitung *Österreich* wurden bei der Hausdurchsuchung auch Straches Handy und ein privater Tischkalender beschlagnahmt. Aus der FPÖ heißt es, Strache sei derzeit telefonisch nicht erreichbar. Zumindest nicht direkt unter seiner bisherigen Nummer. Zwar ist dort beim Messengerdienst WhatsApp als Profilbild nach wie vor Strache mit seiner Frau Philippa zu sehen. Versucht man es jedoch mit einem Anruf, ist nur die automatische Ansage zu hören: "Die gewählte Rufnummer ist nicht vergeben."

Strache war nach der Ibiza-Affäre von seinen Posten als Vizekanzler und FPÖ-Chef zurückgetreten, Gudenus trat gleich ganz aus der Partei aus. Eine SZ-Anfrage ließen beide zunächst unbeantwortet. Später äußerte sich Strache [in einer Pressemitteilung](#). Der gegen ihn erhobene Vorwurf entbehre jeder Grundlage und sei ein politischer Angriff auf ihn. Er habe sich keinerlei Verhalten "vorzuwerfen, das den Straftatbestand der Bestechlichkeit erfüllt".

Insgesamt wird nach Behördenangaben derzeit gegen sechs Personen und einen "Verband" ermittelt; Namen wollte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft nicht nennen. Sie erklärte: "Es geht um den Verdacht, dass zwischen Verantwortlichen eines Glücksspielunternehmens und Amtsträgern der Republik Österreich im Gegenzug für die Bestellung eines bestimmten Kandidaten einer Aktiengesellschaft die parteiische Vergabe von Glücksspiellizenzen vereinbart wurde und eine wohlwollende Unterstützung bei regulatorischen Glücksspielbelangen zugesagt wurde." Es seien mehrere Wohn- und Geschäftsräume in zwei Bundesländern durchsucht worden.

Laut einem Bericht des [Standard](#) geht es bei den Ermittlungen um den Verdacht, dass der FPÖ-Politiker Peter Sidlo im Frühjahr 2019 nur aufgrund eines Deals in den Vorstand der Casinos Austria berufen wurde: Demnach soll Sidlo von Miteigner Novomatic ernannt worden sein. Im Gegenzug dafür habe die FPÖ offenbar Entgegenkommen bei Gesetzesänderungen in Zusammenhang mit dem kleinen Glücksspiel nach der Wien-Wahl in Aussicht gestellt. Beim kleinen Glücksspiel handelt es sich um das Automatenglücksspiel, das mit einer Lizenz auch außerhalb von Casinos möglich ist - allerdings ist es in mehreren österreichischen Bundesländern verboten, seit 2015 in Wien. Novomatic, größter Betreiber dieser Automaten, sträubt sich seit der Einführung gegen das Verbot. Ein Novomatic-Sprecher erklärte, die Vorwürfe seien "haltlos". Die FPÖ sagte laut APA, sie stehe damit in "keinerlei Zusammenhang".

„APA“ 13.08.2019

APA0418 5 WI 0130 II Siehe APA0384/13.08

Di, 13.Aug 2019

Casinos/Glücksspiele/Korruption/Vorstand/Casinos Austria/Wien

Causa Casinos - Auch Fuchs bestreitet Deal mit Novomatic

Utl.: Ex-Finanzstaatssekretär: Vergabe von Lizenzen ist niemals Thema gewesen

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der FPÖ-Abgeordnete Hubert Fuchs bestreitet, dass es einen Deal mit Novomatic rund um die Bestellung des Wiener FPÖ-Bezirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria gab. Die medial kolportierten Verwicklungen in die Causa würden in keiner wie immer gearteten Weise den Tatsachen entsprechen, so Fuchs, der unter Türkis-Blau Staatssekretär im Finanzministerium war.

"Er, Fuchs, habe an der Glücksspielmesse im Februar in London als damals zuständiger Staatssekretär zwar teilgenommen, eine etwaige Vergabe von Lizenzen sei in den dort geführten Gesprächen jedoch niemals Thema gewesen. Entsprechende Behauptungen werde er umgehend klagen", erklärte der FPÖ-Parlamentsklub via Aussendung.

Autor: pro/dru

„APA“ 13.08.2019

APA0275 5 WI 0744 II Siehe APA0219/13.08

Di, 13.Aug 2019

Casinos/Glücksspiele/Casinos Austria/Österreich/Wien/Zusammenfassung

Staatsanwalt ermittelt zu FPÖ-Vorstandsbestellung bei Casinos Austria

Utl.: Medien: Razzien bei Strache, Gudenus zu Casinos-Vorstandsbestellung - WKStA: Verdacht auf Absprachen zwischen Unternehmen und Amtsträgern der Republik Österreich

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Montag wegen der Vorstandsbestellung bei den Casinos Austria unter anderem bei Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus Hausdurchsuchungen durchgeführt. Das berichteten am Dienstag zu Mittag mehrere Medien. Ein Sprecher der WKStA bestätigte auf APA-Anfrage Hausdurchsuchungen, nannte aber weder Namen noch Standorte.

Es geht laut den Medienberichten um die Bestellung des Casinos-Austria-Finanzvorstands Peter Sidlo, FPÖ-Bezirksrat in Wien. Wie der "Standard" online schreibt, geht es bei den Vorwürfen um einen politischen Deal, Sidlo von Casag-Miteigener Novomatic in den Vorstand entsenden zu lassen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft durchsuchte nicht nur Räumlichkeiten von Strache und Gudenus, sondern laut "Standard" schauten die Ermittler auch bei Novomatic-Chef und Casinos-Aufsichtsrat Harald Neumann nach. Bei Casinos-Finanzchef Sidlo fanden die Hausdurchsuchungen sowohl zuhause als auch im Vorstandsbüro statt, schreibt die Zeitung online.

Der Sprecher der Casinos Austria, Patrick Minar, bestätigte der APA die Razzia am Firmensitz, betonte aber am Telefon, dass es um die Besetzung Sidlos gehe, nicht um das Unternehmen. Die teilstaatlichen Casinos Austria seien nicht Gegenstand der Ermittlungen, so der Sprecher.

Der Aufsichtsrat der Casinos Austria hatte im März 2019 in einer außerordentlichen Sitzung einen neuen Dreiervorstand für das Unternehmen bestellt. Vorstandsvorsitzende wurde die frühere stellvertretende ÖVP-Obfrau Bettina Glatz-Kremsner, bisher Finanzvorständin des Unternehmens. Ihr zur Seite gestellt wurden als Kandidat der Sazka-Gruppe der frühere Erste-Banker Martin Skopek als operative Vorstand sowie eben Sidlo als Finanzvorstand. Sidlo wurde bestellt obwohl, wie Medien im Mai berichteten, die Personalberater von Egon Zehnder ihn für diesen Posten nicht empfohlen haben.

Laut einer anonymen Anzeigen soll die Bestellung Sidlos Teil eines Deals mit Casinos-Aktionär Novomatic gewesen sein. Die Vorwürfe sollen sich nach Zeugenaussagen verdichtet haben, schreibt der "Standard". Konkret soll es eine ÖVP-FPÖ-Vereinbarung gegeben haben, Sidlo auf einem Ticket von Casag-Miteigner Novomatic in den Vorstand zu entsenden. Im Gegenzug soll die FPÖ Entgegenkommen bei etwaigen Gesetzesänderungen beim kleinen Glücksspiel nach der Wiener Wahl signalisiert haben, heißt es in dem Bericht.

Der Sprecher der WKStA, Rene Ruprecht, formulierte es gegenüber der APA allgemeiner: "Es geht um den Verdacht, dass zwischen Verantwortlichen eines Glücksspielunternehmens und Amtsträgern der Republik Österreich im Gegenzug für die Besetzung eines bestimmten Kandidaten einer Aktiengesellschaft die parteiische Vergabe von Glücksspiellizenzen vereinbart wurde."

Die Staatsanwaltschaft gibt zu den Ermittlungen aber keine Auskünfte über Personen. Die Causa sei ein Verschlussakt und unterliege daher strenger Vertraulichkeit. Bestätigt wird deshalb lediglich, dass es wegen des Verdachts der Bestechung bzw. Bestechlichkeit Hausdurchsuchungen an mehreren Standorten in zwei Bundesländer gab. Beschuldigt seien sechs natürliche Personen und ein Verband, also ein Unternehmen.

Laut "Standard" werden unter anderem Strache, Gudenus und Novomatic-Eigentümer Johann Graf als Beschuldigte geführt. Für die genannten Personen gilt die Unschuldsvermutung. Sie bestreiten der Zeitung zufolge die Vorwürfe. Für die APA waren weder Strache noch Gudenus, Sidlo oder Graf für eine Stellungnahme zu erreichen.

Der Novomatic-Pressesprecher, Bernhard Krumpel, sagte auf Anfrage, das Unternehmen werde vollumfänglich kooperieren, die Vorwürfe seien jedoch haltlos. Eine ausführlichere Stellungnahme lehnte Krumpel, unter Verweis darauf, dass es sich um einen Verschlussakt handle, ab.

Auch Casinos-Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner war dem "Standard" zufolge von den Hausdurchsuchungen betroffen, er werde als Zeuge geführt. Rothensteiner sagte in der Vergangenheit, es habe bei der Bestellung keine politischen Vorgaben gegeben, Sidlo sei ausgewiesener Finanzexperte. Novomatic-Chef Neumann meinte, es könne gar keine Deals und oder Zusagen fürs kleine Glücksspiel geben, und auch Sidlo dementierte laut "Standard" alle Vorwürfe.

Aus der FPÖ hieß es zu den Ermittlungen, man habe Kenntnis von den medial kolportierten Hausdurchsuchungen erlangt. "Die neue Parteiführung, aber auch die FPÖ stehen damit in keinerlei Zusammenhang. Wir warten die Untersuchungen und die daraus resultierenden Ergebnisse ab und hoffen, dass die Justiz zügig ermittelt", betonte die Partei.

Der WKStA-Sprecher betonte gegenüber der APA, dass die Ermittlungen rund um die Casinos-Vorstandsbestellung nicht in Zusammenhang mit dem Ibiza-Video stehen, dass Strache und Gudenus im Mai politisch zu Fall gebracht hatte. Strache sagte damals in dem heimlich aufgenommen mitgeschnittenen Gespräch mit einer angeblichen Oligarchin zu verdeckten Parteispenden: "Novomatic zahlt alle."

Novomatic steht in den Casinos auf der Seite der Republik, die über die Staatsholding ÖBAG 33 Prozent an der Casag hält. Größte Aktionärin der Casinos Austria ist die Sazka-Gruppe um den Milliardär Karel Komarek mit 38 Prozent. Novomatic hält 17 Prozent.

Autor: pro/mk

„APA“ 13.08.2019

APA0219 3 WI 0168 II

Di, 13.Aug 2019

Glücksspiele/Korruption/Vorstand/Casinos Austria/Österreich/Wien

** E I L T

Medien: Razzien bei Strache, Gudenus zu Casinos-Vorstandsbestellung

Utl.: Staatsanwaltschaft: Verdacht auf Absprachen zwischen Unternehmen und Amtsträgern der Republik Österreich

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) hat am Montag wegen der Vorstandsbestellung bei den Casinos Austria unter anderem bei Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und Ex-FPÖ-Klubchef Johann Gudenus Hausdurchsuchungen durchgeführt. Das berichteten am Dienstag zu Mittag mehrere Medien. Ein Sprecher der WKStA bestätigte auf APA-Anfrage Hausdurchsuchungen, nannte aber weder Namen noch Standorte.

Es geht laut den Medienberichten um die Bestellung des Casinos-Austria-Finanzvorstands Peter Sidlo, FPÖ-Bezirksrat in Wien. Wie der "Standard" online schreibt, geht es bei den Vorwürfen um eine ÖVP-FPÖ-Vereinbarung, Sidlo auf einem Ticket von Casag-Miteigner Novomatic in den Vorstand zu entsenden.

Der WKStA-Sprecher bestätigte Ermittlungen wegen des Verdachts der Bestechung und der Bestechlichkeit. "Es geht um den Verdacht, dass zwischen Verantwortlichen eines Glücksspielunternehmens und Amtsträgern der Republik Österreich im Gegenzug für die Besetzung eines bestimmten Kandidaten einer Aktiengesellschaft die partiische Vergabe von Glücksspiellizenzen vereinbart wurde."

Autor: pro/sp

Prominente Zugänge: Schmid und Grüneis legen nach

Rapid-Listen. „Zuerst soll das Wahlkomitee unsere Liste studieren“, erklärt Robert Grüneis, warum er sich mit inhaltlichen Details noch zurückhält. Fest steht, dass der ASCR-Boss eine breite Auswahl präsentiert. Vom Fast-Rapid-Geschäftsführer Kindler (unterlag 2014 Peschek) bis zu Handball-Manager Wilczynski. Pikant ist, dass Präsidiumsmitglied Thomas Waldner, der für die SPÖ das Donauinsselfest organisiert, die Seiten wechselt. Und Christoph Marek tritt für Grüneis an, obwohl er wie Martin Bruckner für Stadionsponsor Allianz arbeitet. Bruckner meint: „Ich kenne und schätze Marek schon lange. Es wird keinen Allianz-Streit geben.“

Roland Schmid sieht bei Bruckner zu wenig „Change“ und bei Grüneis „zu viel Politik. Er ist ein Gesandter der Stadt.“ Ursprünglich sagte Grüneis als Vize bei Schmid zu: „Dass er sich jetzt selbst als Nr. 1 sieht, ist menschlich enttäuschend, aber ich trete trotzdem an. Das bin ich meinen Stakeholdern schuldig.“ Der „neue“ Vize Bernd Oswald (Novomatic-Aufsichtsrat) wird von Barbara Forsthuber (DDSG), Jurist Axel Anderl und Michael Stix (Geschäftsführer der *Puls4*-Sendergruppe) ergänzt. Nicht ins Präsidium kommt „Markenbotschafter“ Michael Konsel. Legenden wie Funki Feurer sollen „im neuen Legendenrat beraten“.

Einheimische wehren sich

Aufstand gegen Casino-Boom in Liechtenstein

Im Fürstentum Liechtenstein herrscht Goldgräberstimmung. Der Zwergstaat fährt dank der Glücksspielabgabe seit kurzem Millionengewinne ein. Wegen der liberalisierten Gesetze schiessen Casinos wie Pilze aus dem Boden – trotz Bedenken aus der Schweiz.

Sie sehen die Lebensqualität in ihrem Wohnquartier in Balzers (FL) aufs Spiel gesetzt: Anwohner wie Michael Konzett (49) sind nicht bereit, ein Spielcasino in ihrer Nachbarschaft zu akzeptieren. Auch wenn geplant wäre, dass die Spielbank noch in diesem Jahr im Obergeschoss einer Coop-Filiale eröffnet werden soll.

«Wir wollen keinen 24-Stunden-Betrieb direkt neben unseren Schlafzimmerfenstern. Wenn das Casino schliessen würde, würden schon die Lieferanten des Coops einfahren», erklärt Konzett.

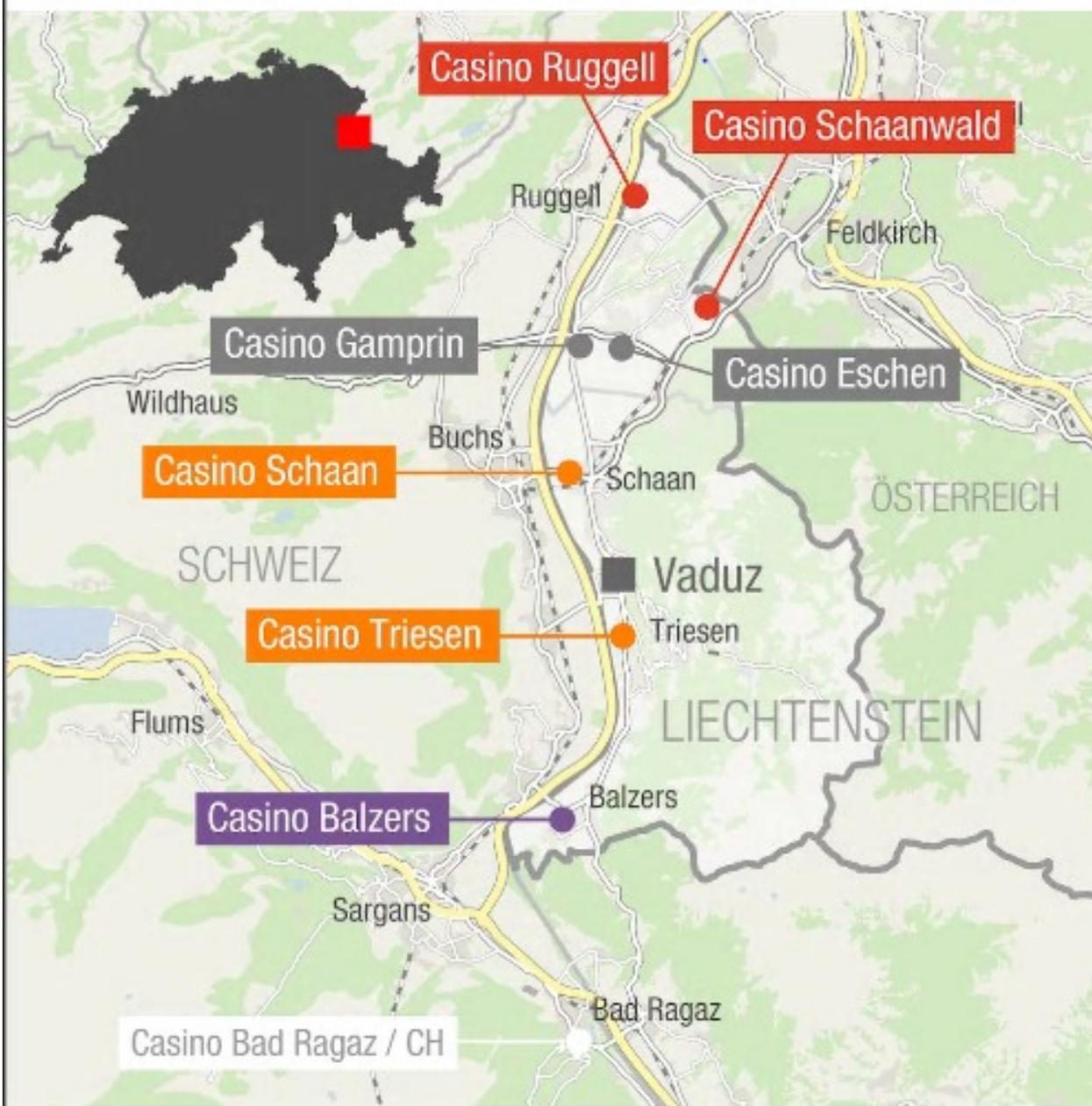
In der Nähe befinden sich auch eine Kita und eine Schule. Zusammen mit seiner Mutter und zehn weiteren Klägern bekämpft Konzett nun die Sonderbaubewilligung, welche die Gemeinde Balzers erteilt hat.

Ein Casino pro 7600 Einwohner

Der Casino-Zoff im südlichsten Zipfel Liechtensteins steht sinnbildlich für eine Glücksspielpolitik ausser Rand und Band. Zwei Spielbanken sind schon in Betrieb. Zwei weitere befinden sich zurzeit im Bau, während Balzers noch warten muss.

Mit diesen fünf Casinos wäre die Spielbanken-Dichte mit einem Casino pro 7600 Einwohner höher als in Zockermekkas wie Las Vegas (USA) und Reno (USA), Macau oder Monaco. Doch es gibt gar noch Gerüchte über zwei weitere Standorte in Gamprin und Eschen.

Die Casino-Situation im Fürstentum Liechtenstein



- | | |
|--|---|
| ■ Bestehend | ■ Bewilligt, nicht gebaut wegen Einsprachen |
| ■ Derzeit im Bau | ■ Im Gespräch, nicht bestätigt |

«Momentan ist eine massive Umverteilung im regionalen Markt im Gange», erklärt Thomas Pirron (49), Casino-Direktor in Schaanwald (FL). Sein Arbeitgeber, Casinos Austria, steht auch hinter dem Projekt in Balzers.

«Wir wollen mit einem zweiten Standbein an der Schweizer Grenze unsere Gäste in diesem Gebiet bestmöglich bedienen», betont Casino-Sprecher Martin Frommelt (60).

Fette Gewinne lösen Umverteilung des Casino-Markts aus

Hauptkonkurrent Casinos Admiral, der zum Glücksspielkonzern Novomatic gehört, stampft derweil nach Ruggell nun in Schaan eine zweite Spielbank aus dem Boden.

Denn die Geschäfte in Liechtenstein laufen seit der Eröffnung der ersten beiden Spielbanken vor zwei Jahren viel besser als erwartet.

2018 sind 20 Millionen Franken an Spielbankenabgaben in die liechtensteinische Staatskasse geflossen. Und mit den neuen Zockertempeln winken noch mehr Einnahmen.

Im Schnellverfahren zu neuen Casinos

Seit 2016 das Geldspielgesetz gelockert wurde, kann jeder Betreiber, der die Bedingungen erfüllt und über das nötige Kleingeld verfügt, eigene Casinos eröffnen.

Die Wege sind kurz. In Balzers wurde die Casino-Bewilligung binnen eines Monats erteilt. Eine spannende Rolle hat auch Ex-Wirtschaftsminister Martin Meyer (47), der in der Regierung die Legalisierung des Glücksspiels vorantrieb. Meyer ist Chef der Ingenieur-Firma ITW, die das Casino Schaanwald realisierte und der auch das Coop-Gebäude in Balzers gehört, wo das neue Casino im Obergeschoss eröffnet werden soll.

Der mysteriöse dritte Player

Ein Stück vom Kuchen abschneiden will auch die Grand Casino LI AG. Sie hat Sitz bei einer Vaduzer Treuhandfirma genommen. Als BLICK vor Ort nachfragt, weiss die Empfangsdame jedoch von nichts.

Schliesslich erscheint ein Treuhänder, der sein Berufsgeheimnis geltend macht. Die tschechisch-österreichische Apex-Gruppe, die mutmasslich hinter der Firmengründung steckt, will sich nicht in die Karten schauen lassen. Sie wird aber mit Casinos in Schaan und Gamprin in Verbindung gebracht.

Anwohner in Balzers werden mit Millionenklage bedroht

«Die Gefahr, dass sich die Casinos gegenseitig kannibalisieren, ist da», gibt auch Sprecher Martin Frommelt zu. «Aber der Markt spielt und wird sich selbst regulieren!»

Wie gross die Einsätze sind, spüren auch Michael Konzett und seine Mitstreiter: Casinos Austria hat eine Millionenklage wegen der verzögerten Eröffnung in Balzers in Aussicht gestellt.

«Das ist äusserst fragwürdig. Schliesslich nehmen wir nur unsere Bürgerrechte wahr», sagt Michael Konzett. «Aber wir lassen uns nicht einschüchtern!»

«Für Spielsüchtige die schlimmste Gegend der Welt!»

Der Casino-Boom im Fürstentum Liechtenstein wird in der Schweiz kritisch verfolgt. «Die Erträge an den Standorten in Bad Ragaz und St. Gallen sind regelrecht eingebrochen», bilanziert Hermann Bürgi (73), Präsident der Eidgenössischen Spielbankenkommission.

Der Tätigkeitsbericht 2018 der Aufsichtsbehörde zeigt, dass die Spielbankenabgaben an den Staat um knapp 2,3 Millionen Franken zurückgegangen sind.

«Was zu denken gibt, ist, dass die Liechtensteiner die Sperren der Schweizer Spielsüchtigen nicht berücksichtigen», sagt alt Ständerat Bürgi.

Hier sei die Politik gefordert, eine Vereinbarung zu finden. Während in der Schweiz 55'000 Spieler gesperrt sind, sind es im Fürstentum bloss 1500.

Präventionsexpertin schlägt Alarm

Regine Rust (47), Leiterin der Suchtfachstelle St.Gallen, findet gar: «Das Rheintal ist für einen Spielsüchtigen die schlimmste Gegend der Welt!»

Jeder der vier Anrainer-Staaten (CH, FL, A und D) sperre seine Problemspieler individuell. «Gerade in Liechtenstein können Süchtige die Prävention umgehen, indem sie jeden Tag ein anderes Casino aufsuchen!»

Den volkswirtschaftlichen Schaden, den diese Menschen anrichten, hätten vor allem die Schweiz und Österreich zu tragen. Denn sie stellen die klare Mehrheit der Zocker im Fürstentum!